

- LeVine, Robert A., Campbell, Donald T. (1972), *Ethnocentrism: Theories of Conflict, Ethnic Attitudes, and Group Behavior*. New York: John Wiley & Sons, Inc.
- Maini, Darshan Singh (1983), "Punjab in the Service of the Nation". *Illustrated Weekly of India*, April 10, 1983: 15 – 6.
- Malik, Yogendra (1986), "The Akali Party and Sikh Militancy." *Asian Survey* 26, 3: 346 – 62.
- Morgenthau, Hans J. (1985), *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*. New York: Alfred A. Knopf (Revised 1985 by Kenneth W. Thompson).
- Narang, A. S. (1983), *Storm Over the Sutlej; The Akali Politics*. New Delhi: Gitanjali Publishing House.
- Nayar, Kuldip, Singh, Khushwant (1984), *Tragedy of Punjab: Operation Bluestar and After*. New Delhi: Vision Books.
- Patel, Pravin J. (1987), "Violent Protest in India: The Punjab Movement". *Journal of International Affairs* 40, 2: 271 – 85.
- Schermerhorn, Richard Alonzo (1978), *Ethnic Plurality in India*. Tucson: University of Arizona Press.
- Shackle, Christopher (1984), *The Sikhs. Minority Rights Group, Report No. 65* (September 1984).
- Shackle, Christopher (1985), "The Sikhs Before and After Independence". *Asian Affairs SVI* (old series), Part II, June 1985: 183 – 93.
- Sharma, T. R. (1981), "Political Implications of the Green Revolution." In: *Political Dynamics of Punjab*. ed. Paul Wallace and Surendra Chopra. Amritsar: Guru Nanak Dev University: 264 – 91.
- Singh, Gopal (1985), "Socio-economic Bases of the Punjab Crisis". In: *The Punjab Crisis: Challenge and Response*. ed. Abida Samluddin. New Delhi: Mittal Publication: 75 – 89.
- Singh, Gurdev (1983), "River Waters: Their Life Blood". *Illustrated Weekly of India*, April 10, 1983: 21.
- Singh, Kirpal (1972), *The Partition of the Punjab*. Patiala: Punjabi University.
- Wallace, Paul (1986), "The Sikhs as a 'Minority' in a Sikh Majority State in India." *Asian Survey* 26, 3: 363 – 77.

Holly M. Hapke, Box 294, Tannersville, PA 18372, USA

Journal für Entwicklungspolitik 1988, 4, S. 27 – 54

Walter Sauer ÖSTERREICHS BEZIEHUNGEN ZU ZIMBABWE Versuch einer Bestandsaufnahme

Die verstärkte Beschäftigung der internationalen Gemeinschaft mit dem Krisenherd Südliches Afrika hat in den vergangenen Jahren nicht nur zur Verhängung selektiver Sanktionen gegen Südafrika, sondern auch zu einer Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation mit seinen Nachbarländern geführt. Angesichts der massiven militärischen und ökonomischen Destabilisierung der Region durch den Apartheid-Staat (1) steht dabei die Intention im Vordergrund, die wirtschaftliche Abhängigkeit der sogenannten Frontstaaten von Südafrika zu reduzieren und ihnen selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu ermöglichen.

Auch Österreich hat sich mehrfach zu einer intensiven Unterstützung der Mitgliedsländer der Southern African Development Coordination Conference (SADCC), die alle Staaten der Region außer Südafrika umfaßt, bekannt (2). In der Tat haben sich die heimischen Beziehungen zur SADCC seit 1980, dem Unabhängigkeitsjahr Zimbabwes, verstärkt. Eine besondere Dynamik im gegenseitigen Verhältnis ist allerdings nicht erkennbar; trotz eines merklichen Bedeutungsschwundes ist Südafrika Österreichs dominierender regionaler Partner geblieben (3), und auch die Frage, ob Österreichs Beziehungen zu den Frontstaaten tatsächlich deren selbstbestimmte Entwicklung und Autonomie fördern, kann nicht von vornherein mit Ja beantwortet werden.

Eine Bestandsaufnahme von Umfang, Struktur und politischem Charakter der Beziehungen Österreichs zu den einzelnen Ländern des SADCC-Raums erscheint dem Autor somit als eine wichtige Voraussetzung für verstärkte Zusammenarbeit. Der vorliegende Aufsatz versucht eine solche Bestandsaufnahme am Beispiel von Zimbabwe, das nicht nur für die SADCC von zentraler Bedeutung ist, sondern auch den größten Handelspartner Österreichs in der Region (mit Ausnahme Südafrikas) darstellt (4). Weitere Studien vor allem über Angola und Moçambique – derzeit im Mittelpunkt der „European Campaign against South African Aggression on Moçambique and Angola (ECASAAMA)“ stehend – erscheinen jedoch ebenso wünschenswert.

1. Die Anfänge der Beziehungen zu Süd-Rhodesien

Abgesehen von den Aktivitäten der katholischen Mission, deren Beginn bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und somit bis in die Phase der Erschließung des Landes durch den britischen Imperialismus zurückreicht, sind die österreichischen Beziehungen ins Gebiet des heutigen Zimbabwe relativ jungen Datums

und nicht historisch gewachsen. Erst seit 1953 erfaßt die Statistik die bilateralen Handelsbeziehungen zur damaligen britischen Kolonie Süd-Rhodesien. Damals schlugen die Importe mit 7,2 Mio. öS (etwa zwei Drittel davon Tabak, das waren 2,3 % der gesamten österreichischen Tabakeinfuhren dieses Jahres), die Exporte mit 0,6 Mio. öS zu Buche; ein Jahr darauf betragen die jeweiligen Summen 6,1 bzw. 2,1 Mio. öS.

In diesen 50er und vor allem in den 60er Jahren scheint es auch – bezeichnen- derweise als Nebenprodukt der analog verlaufenden Entwicklung in Südafrika (5) – zur Herausbildung der süd-rhodesischen „Österreicherkolonie“ gekommen zu sein, der Fritz Molden vor kurzem in einer TV-Dokumentation ein glorifizierendes Denkmal errichtet hat (6). Nach mehrjährigen, unsteten Aufenthalten in Südafrika oder Namibia begannen sich Jobsucher und Abenteurer verschiedenster Sorte in Süd-Rhodesien niederzulassen; als typische von Molden berichtete Beispiele seien etwa der Fall eines 1956 von der Firma Puch nach Südafrika geschickten Grazer Monteurs, der 1962 durch Heirat mit der Tochter eines rhodesischen Farmers sein Glück machte, oder jener eines Kindberger Zuckerbäckers zitiert, der 1965 nach Südafrika emigrierte, dort zunächst als Bäcker und dann als Schlangenfänger in Nordtransvaal tätig war, hierauf als Safari-Operator in Süd-Rhodesien anfang und heute als Trophäenjäger der Souvenirindustrie in Harare lebt (7). Nicht nur in den österreichischen Medien, sondern auch im Bereich der Außenpolitik ist die Tendenz feststellbar, diesen „vor Ort“ in die Strukturen der weißen Minderheitsherrschaften eingebundenen sogenannten Auslandsösterreichern einen hohen Stellenwert für die politischen Beurteilung der Lage im Südlichen Afrika und für die Gestaltung der bilateralen Beziehungen einzuräumen; Mitte der 60er Jahre waren ihnen beispielsweise zwei Honorarkonsulate (in Salisbury und Bulawayo) zugeordnet (8).

Daß sich die Tätigkeit der zwar relativ kleinen, immerhin aber zahlenmäßig wachsenden Österreicherkolonie nicht nur auf das Image Süd-Rhodesiens in Österreich, sondern auch auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen positiv ausgewirkt hat, darf angenommen werden (9). Allerdings ist die weitere Entwicklung des Handels infolge der 1953 erfolgten Vereinigung der drei britischen Kolonien Süd- und Nord-Rhodesien sowie Nyassaland zur Zentralafrikanischen Föderation nicht mehr direkt zu verfolgen. Insgesamt gesehen (und das mag auch für den süd-rhodesischen Anteil daran charakteristisch sein) stagnierten bzw. sanken die österreichischen Importe aus der ZAF bis 1961. Diese Entwicklung wurde jedoch 1962 – 1964 (in der Phase des Zerfalls der Föderation und der daraus resultierenden Restrukturierung der süd-rhodesischen Wirtschaft) durch einen fast explosiven österreichischen Nachfrageschub abgelöst. Bei den Exporten ergab sich eine bis 1958 kontinuierlich steigende, dann fallende und erst wieder 1964 einen neuen Höchststand erreichende Entwicklung. Als 1965 das Handelsvolumen mit Süd-Rhodesien wieder separat ausgewiesen wurde, hatten sich die österreichischen Importe gegenüber 1954 wertmäßig versiebzehn- und mengenmäßig verneunzehnfacht (115,3 Mio. öS); die Exporte waren wertmäßig immerhin auf das Achteinhalb- bzw. menbenmäßig auf das Siebenfache gestiegen (20,8 Mio. öS).

In beiden Richtungen wird der Handel dieser Epoche von einigen wenigen Positionen (und das heißt wohl: von einigen wenigen Firmen, vermutlich in erster

Linie Österreichische Tabakregie, Chemiefaser Lenzing und Betriebe der verstaatlichten Stahlindustrie) dominiert, deren Veränderung für die starken jährlichen Fluktuationen verantwortlich ist: Mais, Tabak und Kupfer bei den Importen; diverse Genußmittel, feuerfeste Materialien, Kunstfasern, andere textile Halbfertigprodukte sowie in Einzelfällen Textilmaschinen und Eisen- und Stahlprodukte bei den Exporten. Stellt man aber in Rechnung, daß sich das Handelsvolumen mit Zambia und Malawi im selben Jahr 1965 nur auf einen Bruchteil des Rhodesien-Handels belief, so wird ein politisch nicht unwichtiger Entwicklungsparameter der bilateralen Beziehungen deutlich: Angesichts des Zerfalls der Zentralafrikanischen Föderation und der Entkolonisierung zweier ihrer Teile unter schwarzen Mehrheitsregierungen hatte das österreichische Kapital offensichtlich eine klare Entscheidung zugunsten der verbleibenden „weißen“ Kolonie getroffen.

2. Das Verhältnis zum illegalen UDI-Regime 1965 – 1980

Am 11. November 1965 erklärte das weiße Minderheitsregime Süd-Rhodesiens, geführt von der rechtsextremen Rhodesian Front unter dem Farmer Ian Smith, seine Unabhängigkeit von Großbritannien (10). Diese „Unilateral Declaration of Independence (UDI)“ wurde zunächst seitens der Kolonialmacht mit bilateralen Sanktionen (Ölembargo, Handelsboykott) beantwortet. Mit seinen Resolutionen vom 20. November 1965 (Res. 217/1965) und vom 9. April 1966 (Res. 221/1966) verurteilte der Weltsicherheitsrat das UDI-Regime als illegal und rief die internationale Gemeinschaft zum Abbruch der wirtschaftlichen Kontakte auf. Am 16. Dezember 1966 (Res. 323/1966) verhängte er dann völkerrechtlich verbindliche selektive Sanktionen gegen das UDI-Regime, die insbesondere den Import der wichtigsten Exportgüter Süd-Rhodesiens (Asbest, Eisenerz, Chrom, Roheisen, Zucker, Tabak, Kupfer, Fleisch, Felle, Häute und Leder); den Export von Öl- und Ölprodukten, von Waffen, Munition, Militärflug- und -fahrzeugen sowie von anderen militärischen Ausrüstungsgütern nach Süd-Rhodesien; den Verkauf sonstiger Flug- und Fahrzeuge sowie jegliche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe betrafen. Am 29. Mai 1968 (Res. 253/1968) verhängte der Sicherheitsrat schließlich ein vollständiges bindendes Handelsembargo.

Ökonomische und politikwissenschaftliche Studien belegen zweifelsfrei, daß zwar das sogenannte „Rhodesien-Embargo“ seitens Großbritanniens und anderer westlicher Staaten nur halbherzig gehandhabt und von multinationalen Konzernen daher vielfach unterlaufen wurde (11), daß es insgesamt aber – vor allem in der letzten, vom Aufschwung der Befreiungskämpfe gekennzeichneten Phase Süd-Rhodesiens seit 1972 – ein wirksames Instrument zur wirtschaftlichen Isolierung des illegalen UDI-Regimes bildete (12). Welche Rolle Österreich in dieser Hinsicht spielte, ob es seinen internationalen Verpflichtungen nachkam oder ebenfalls an Operationen zum Unterlaufen des Embargos beteiligt war, ist bislang freilich noch unerforscht.

Aufgrund von Res. 217/1965 hatte sich der Ministerrat am 23. November 1965 mit der Rhodesien-Frage befaßt und beschlossen, zum einen das UDI-Regime di-

plomatisch nicht anzuerkennen und zum anderen mit der Österreichischen Tabakwerke AG übereinzukommen, keinen Tabak aus Süd-Rhodesien mehr zu importieren (13). Im Zusammenhang mit der ersten verbindlichen Sicherheitsrats-Resolution (323/1966) kam eine intensive Debatte über die Relevanz bindender Beschlüsse des Weltsicherheitsrates für immerwährend neutrale Länder zustande; eine solche wurde „in this particular case and under the given circumstances“ (ähnlich wie 1977 im Fall des Waffenembargos gegen Südafrika) zwar als gegeben erachtet (14); dennoch – und trotz einer gegenteiligen Ankündigung vor den Vereinten Nationen (15) – wurde der Regierungsbeschuß vom November 1965 nicht verschärft. Er betraf, wie erwähnt, nur Tabak (der staatlichen Monopolhoheit unterliegend), nicht aber Kupfer (1965 von Österreich im Wert von 27,5 Mio. öS importiert) oder die anderen im Embargobeschluß enthaltenen Waren; er umfaßte ebenso keine Bestimmungen betreffend die Lieferung von Erdöl, Waffen und militärischer Ausrüstung bzw. die Vergabe von wirtschaftlicher oder finanzieller Unterstützung. Als einzige feststellbare zusätzliche Maßnahme wurden 1968 das Honorarkonsulat in Bulawayo geschlossen und jenes in Salisbury in seiner Zuständigkeit auf die Betreuung der Auslandsösterreicher beschränkt (16). Durch diese unzureichende Implementierung des UN-Sicherheitsratsbeschlusses wurde somit dem Bruch oder zumindest einem Unterlaufen des Embargos durch österreichische Firmen Tür und Tor geöffnet. Erst mit Verordnung des Handelsministers vom 20. September 1974 wurde der Rhodesien-Handel sehr verspätet zumindest der Bewiligungspflicht gemäß Außenhandelsgesetz 1968 unterstellt (17).

Die offenkundig mangelhafte Befolgung der Rhodesien-Sanktionen kam 1978 selbst im Außenpolitischen Ausschuß des Nationalrats zur Sprache. ÖVP-Abgeordneter Wendelin Ettmayr damals an Außenminister Willibald Pahr: „Man muß konsequent sein; man kann nicht sich immer wieder zu einer hundertprozentigen Erfüllung der Sanktionen bekennen und sie dann nicht erfüllen.“ (18)

Ettmayr bezog sich dabei auf die Außenhandelsstatistik, die zwischen 1965 und 1969 zunächst ein drastisches Sinken der österreichischen Importe bzw. eine etwas langsamere Abnahme der (ohnehin geringen) Exporte, dann zwischen 1970 und 1975 überhaupt keinen bilateralen Handel (19) und 1976 bis 1978 wieder geringfügige Importe (1977 im Wert von knapp über 1 Mio. öS) ausgewiesen hatte. Daß dies jedoch nur die Spitze des Eisbergs war, zeigte sich wenig später: Im Dezember 1978 wurde in Rotterdam ein für Österreich bestimmter Frachter mit 6000 Tonnen rhodesischem Chromerz beschlagnahmt. Während die ursprünglich verdächtigten Firmen VOEST-Alpine und VEW jede Beteiligung dementierten, stellte sich schließlich die Österreichisch-Amerikanische Magnesit AG in Radenthein als der mutmaßliche Empfänger heraus (20). Der Vorfall führte zu einem Skandal vor dem zuständigen UNO-Gremium in New York, blieb in Österreich selbst jedoch ohne Folgen.

Wer immer letztlich der Empfänger der Schmuggelware gewesen sein mag – daß die VOEST während der 70er Jahre intensive Beziehungen zu Süd-Rhodesien unterhielt, ist nicht zu leugnen. Zumindest ab 1972 war der verstaatlichte Stahlkonzern – unter Federführung seines damaligen Finanzdirektors Heribert Apfalter – an einem 1,5 Mrd.-Schilling-Projekt zur Weitergabe des LD-Verfahrens und ent-

sprechender Anlagen an das Stahlwerk RISCO bei Redcliff, einen für die „Belagerungswirtschaft“ des UDI-Regimes strategisch wichtigen Industriebetrieb, beteiligt gewesen. Als die UNO von Österreich Aufklärung darüber suchte, wurde von der Regierung jede Verantwortung abgelehnt (21); 1976 begann das LD-Verfahren in Redcliff zu funktionieren (22). Berichte im Archiv der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung belegen weiters den getarnten Einsatz von VÖEST-Technikern – unter scheinbarer Auflösung ihrer heimischen Arbeitskontrakte – in diesem Stahlwerk. Offensichtlich war dies alles kein Zufall, fungierte doch ein ehemaliger VÖEST-Manager, der Österreicher Kurt Kühn, als Generaldirektor von RISCO (23). Medienberichte sprachen weiters von Embargoverletzungen durch die Tyrolit-Schleifmittelwerke und die Simmering-Graz-Pauker AG, die über einen Hamburger Zwischenhändler drei Verschublokomotiven nach Salisbury verkaufte (24).

Aber nicht nur im Bereich von Wirtschaft und Technologietransfer scheint die von der UNO gewünschte Isolierung des süd-rhodesischen Minoritätsregimes nur teilweise gelungen zu sein. Auch über Steyr-Waffenlieferungen an die Smith-Armee wurde berichtet (25), und nicht nur Auslandsösterreicher kämpften in der süd-rhodesischen Armee gegen die Befreiungsbewegungen (26). Im November 1978 war etwa der Halleiner Söldner Gerrit Pointner als Mitglied einer rechtsextremen süd-rhodesischen Gruppierung an einem Attentat gegen den Vorsitzenden der katholischen Justice and Peace-Commission, John Deary, beteiligt; er wurde von diesem Verbrechen in Österreich freigesprochen (27). Der Verfasser weiß um einen weiteren österreichischen Söldner, der nach eigener Aussage 1971 vom süd-rhodesischen Grenzschutz rekrutiert wurde und 1980 über Südafrika nach Österreich zurückkehrte.

Entgegen den Bestimmungen von Resolution 253/1968 intensivierten sich auch die Kontakte auf dem Tourismussektor. Ein Indiz dafür bietet die rhodesische Statistik der von österreichischen Besuchern ausgegebenen Mittel (1973: 37 Mio. Z- $\text{\$}$; 1975: 48 Mio; 1977: 42,8 Mio; 1979: 42,1 Mio. Z- $\text{\$}$) (28). Umgekehrt begannen weiße Rhodesier ihren Urlaub in Österreich zu verbringen, und in Salisbury wurde sogar ein „Austrian Skiing Club“ ins Leben gerufen (29). Nicht zuletzt die vom derzeitigen ÖVP-Bundesrat Dr. Karl Pisec gegründete „Dr. Karl und Sabina Pisec School“ in Marongoro muß in diesem Zusammenhang der Verstärkung von Kontakten auf persönlicher Ebene Erwähnung finden (30).

Warum das völkerrechtlich verbindliche Rhodesien-Embargo in Österreich nur sehr halbherzig zur Wirkung gebracht wurde, steht wohl auch mit der Existenz einer pro-rhodesischen, pro-südafrikanischen Lobby in Zusammenhang, deren Aktivitäten angesichts des weitverbreiteten außenpolitischen Desinteresses der österreichischen Öffentlichkeit stark zur Wirkung kamen und an der sich neben führenden Wirtschaftskreisen vor allem Aristokraten beteiligten (31). Von dieser Seite wurde angesichts der Verschärfung des Befreiungskampfes der schwarzen Bevölkerung in den 70er Jahren – 1972 hatte die ZANU mit der entscheidenden zweiten Phase des Krieges begonnen (32) – die politische Funktion der Aufrechterhaltung österreichisch-rhodesischer Beziehungen immer deutlicher zum Ausdruck gebracht. Vor allem Max „Graf“ Thurn, seinerzeitiger Mitarbeiter von

Finanzminister Kamitz, bis 1975 Ministerialrat im Finanzministerium und Direktionsmitglied der Weltbank (33) gab in zahlreichen publizistischen Beiträgen das Leitthema an. Nachstehend seien einige Kostproben aus dieser Kampagne wiedergegeben, in der bereits alle wesentlichen Elemente der heutigen (ebenfalls von Thurn mitgetragenen) Pro-Apartheid-Propaganda enthalten sind: Hinweise auf Probleme der Entkolonisierung in Schwarzafrika, Warnung vor einer kommunistischen Gefahr, Betonung einer angeblichen strategischen Wichtigkeit der betreffenden Region.

„Was wir in Europa nicht wahrhaben wollen, ist, daß es sich bei der ‚Machtübernahme durch die Schwarzen‘ in Afrika nicht einfach um einen Regierungswechsel handelt. Hier wird an die Stelle der bestehenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnung eine ganz andere gesetzt. In dieser neuen Ordnung – wenn man es überhaupt eine Ordnung nennen kann – ist der weiße Siedler ein Bürger zweiter Klasse ohne Recht auf Schutz seiner Person und seines Eigentums ...“ (34)

„Der weiße Rhodesier, mit dem man heute spricht, kann sich nicht erklären, warum er, der das strategische Vorfeld und die Rohstoffreserven des Westens gegen den Kommunismus verteidigt, angefeindet wird, statt Unterstützung zu bekommen.“ (35)

„Ich gebe meine Angst vor dem Kommunismus offen zu. Wir haben ihn ja in Ostösterreich wenige Kilometer von unserem Wohnort entfernt. Wiederholt hat der Kommunismus seine Hand nach uns ausgestreckt. Die Rhodesier befinden sich jetzt in einer ähnlichen Lage. Im Nachbarland Mozambique ist ein, vorsichtig ausgedrückt, kommunistenfreundliches Regime an der Macht ...“ (36)

Ein gewisser, die Realitäten der fortschreitend schwächer werdenden Position des weißen Minderheitsregimes in Süd-Rhodesien widerspiegelnder Wandel in der Argumentation ist gleichwohl unverkennbar. Hatte sich Thurn 1976 – angesichts von Verhandlungen zwischen Diktator Ian Smith und ZAPU-Führer Joshua Nkomo – noch gegen jegliches Arrangement mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gewandt (37), so sprach er zwei Jahre später (als es um die Suche nach geeigneten schwarzen Kollaborateuren für eine „interne Lösung“ ging) immerhin schon von der Existenz „gemäßigter“ schwarzer Führer, ohne allerdings die (u.a. von Andreas Unterberger in der „Presse“ vorgebrachte) Kritik zu teilen, die Zugeständnisse des Smith-Regimes wären um zehn Jahre zu spät gekommen.

„Die Chancen, daß sich in Rhodesien die Übergabe der Macht von den Weißen an die das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung genießenden internen schwarzen Führer in friedlichen Formen vollzieht, sind heute nicht schlechter, sondern besser als vor zehn Jahren. Dies aus zwei Gründen. Einmal haben die Schwarzen in Rhodesien in dieser Zeit viel an Erfahrung und Reife gewonnen. Weiters haben sie heute das abschreckende Beispiel von Mozambique und Zambia ... Sie wollen Rhodesien dieses Schicksal ersparen.“ (38)

Bestrebungen, der sogenannten „internen Lösung“ in Österreich ein Stück der so dringend benötigten internationalen Anerkennung zu verschaffen, standen Ende der 70er Jahre im Vordergrund der Bemühungen der pro-süd-rhodesischen Lobby. Vertreter der weißen süd-rhodesischen Minderheit wie ein Oberst Franz

Wimmer-Lamquet, der im Februar 1979 im Wiener Journalistenclub Concordia zu „Rhodesiens Kampf gegen den Terror“ Stellung nahm, wiesen ebenso auf die nunmehrige Existenz „qualifizierter schwarzer Kader“ hin (39), und im „Börsenkurier“ wurden Möglichkeiten einer leichteren Umgehung des Embargos unter den Bedingungen der „internen Lösung“ erörtert (40). Auch Versuche, Kontakte zwischen schwarzen Kollaborateuren und Politikern der sozialistischen Regierungspartei zu knüpfen, spielten im Rahmen dieser Strategie eine bedeutende Rolle.

Zwar hatte sich der internationale Sekretär der SPÖ, Walter Hacker, mit Nachdruck auf die Unterstützung der in der Patriotischen Front zusammengeschlossenen Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU festgelegt (41). Dennoch wurde im Juli 1978 Ndabaningi Sithole, ein Mitglied des unter der Leitung von Ian Smith stehenden Vierer-Executive Councils eines neuzugründenden Staates „Zimbabwe-Rhodesien“ (42), in Wien von SPÖ-Vertretern empfangen; ein Gespräch mit Bundeskanzler Kreisky kam damals offenbar nicht zustande (43). Dies gelang wenig später Bischof Abel Muzorewa, dem von Großbritannien und der internationalen Presse favorisierten schwarzen „Regierungschef“ von „Zimbabwe-Rhodesien“, der 1979 als Gegner der Patriotischen Front im Londoner Lancaster House an der Verfassungskonferenz teilnahm. Sein zweites Treffen mit Kreisky, am 26. September 1979, wurde weltweit als diplomatische Unterstützung Österreichs für die „interne Lösung“ verstanden, auch wenn Kreisky die Erklärungen Muzorewas, in dem einstündigen Meinungsaustausch habe der österreichische Bundeskanzler seinen politischen Kurs unterstützt, im Nachhinein dementierte (44).

Bis zuletzt gab es dennoch keine eindeutige Parteinahme des offiziellen Österreich zugunsten der Befreiungsbewegungen, und die Bestrebungen der pro-rhodesischen Lobby müssen sowohl im wirtschaftlichen wie im außenpolitischen Bereich als durchaus erfolgreich eingeschätzt werden. Von einer „Bewunderung“, mit der „Österreich“ – laut Außenminister Pahr (45) – den Freiheitskampf in Zimbabwe verfolgt hätte, war keine Rede. Es blieb einer im Entstehen begriffenen Solidaritätsbewegung mit dem Südlichen Afrika vorbehalten, Vertretern von ZANU und ZAPU ein österreichisches Forum zu bieten und ihren Kampf politisch und materiell zu unterstützen (46). Daß diese Haltung gleichwohl von tiefer Sachkenntnis getragen und auch im wohlverstandenen Interesse der österreichischen Außenpolitik gelegen war, sollte sich alsbald erweisen: Bei den ersten freien Wahlen des Landes im März 1980 erhielten die Führer der Patriotischen Front fast 90 % der abgegebenen schwarzen Stimmen; Muzorewa blieb weit abgeschlagen auf der Strecke.

3. Die diplomatischen Beziehungen zu Zimbabwe seit 1980

Als Ausdruck der geringen Distanzierung von den beiden Apartheid-Regimen im Südlichen Afrika waren Österreichs lückenhafte Befolgung des Embargos und seine politische Fehleinschätzung der inner-rhodesischen Lage von der internationalen und vor allem der afrikanischen Öffentlichkeit nicht unbeachtet geblieben. Selbst im zuständigen Ministerium machte man sich 1979 in „Vorschlägen für ein Afrika-Konzept der österreichischen Außenpolitik“ über die „Erhaltung“ (sprich:

„Wiedergewinnung“) der Glaubwürdigkeit Österreichs im Südlichen Afrika Gedanken (47). Vielen schien aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein außenpolitischer Neubeginn in der Region erforderlich. Wenngleich es zwar zu einem solchen außenpolitischen Paradigmenwechsel in der Folge nicht gekommen ist, so zwang die Entkolonisierung Zimbabwes unter einer schwarzen Mehrheitsregierung, deren verantwortliche Politiker in österreichischen Medien noch wenige Monate zuvor als „Terroristen“ bezeichnet worden waren, immerhin schon aus pragmatischen Gründen zum Handeln. Erhöhte Aktivitäten der Bundeswirtschaftskammer zielten darauf ab, heimischen Betrieben den Zugang zum nunmehr sanktionsfreien zimbabwischen Markt zu erschließen, und unter Federführung von Außenminister Willibald Pahr wurde eine diplomatische Annäherung an das neue Zimbabwe gestartet.

Ende September 1980 kam am Rande der UNO-Vollversammlung in New York ein erster offizieller Kontakt Pahrs mit seinem zimbabwischen Amtskollegen Simon Muzenda zustande. Dieser zeigte sich – laut österreichischer Darstellung – an einer Intensivierung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie an umfassender technischer Unterstützung seines Landes interessiert (48). Inwieweit ein solches Interesse auf seiten der neuen zimbabwischen Führung tatsächlich verankert war, muß beim derzeitigen Forschungsstand allerdings dahingestellt bleiben; mehrere Indizien – so etwa die Nicht-Einladung Österreichs zur Konferenz über Wiederaufbau und Entwicklung Zimbabwes (ZIMCORD) im März 1981 – lassen vielmehr auf Vorbehalte aufgrund der Ereignisse vor 1980 schließen. Die Initiative zur gegenseitigen Annäherung ging in der Folge jedenfalls weiter von Österreich aus. Anfang 1981 wurde die Errichtung einer Botschaft in Salisbury (dem späteren Harare) angekündigt (49) – bislang hatte der Botschafter in Zambia die Geschäfte in Zimbabwe mitbetreut –, und Pahr nahm zu diesem Zweck Zimbabwe ins Programm seiner Reise nach Afrika im Mai 1981 auf; bis heute ist dies der einzige Besuch eines österreichischen Ministers im Südlichen Afrika geblieben (50).

Während Pahr Aufenthalt in Salisbury kam gleichwohl nur die Ankündigung der Eröffnung einer österreichischen Botschaft noch im Jahr 1981 zustande (51); die Überreichung des Beglaubigungsschreibens des ersten österreichischen Botschafters in Zimbabwe, Alexander Otto, fand erst Anfang August 1981, die Eröffnung der Botschaft Anfang 1982 statt (52). Pahr traf im Verlauf seiner – merkwürdigerweise nur „inoffiziellen“ – Visite mit Staatspräsident Canaan Banana und – in Abwesenheit von Robert Mugabe (53) – erneut mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Muzenda zusammen; neben bilateralen Fragen wurden auch die regionalen Probleme erörtert, und Pahr gab bei dieser Gelegenheit die Erklärung ab, Zimbabwe könne auch als Modell für eine friedliche Lösung in Namibia fungieren (54).

Gemeinsam mit dem zimbabwischen Wirtschaftsminister Bernard Chidzero unterzeichnete das österreichische Regierungsmitglied ferner ein „protocol of understanding“ über gemeinsame Projekte auf den Gebieten Transport und Landwirtschaft; für die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke zwischen Dabukwa und Salisbury wurde Zimbabwe österreichischerseits ein weicher Kredit in der Höhe

von 1 Mio. Z- $\text{\$}$ sowie ein weiterer Betrag für den Ankauf von Eisenbahnwaggons und anderen Ausrüstungsgegenständen eingeräumt (55). Weiters standen Möglichkeiten einer verstärkten entwicklungspolitischen Kooperation (z.B. Ausbildung von Experten in der Salzburger Hotelfachschule) zur Debatte (56). Nicht zuletzt wurde in diesen Tagen auch die österreichische Außenhandelsstelle in Salisbury eröffnet.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Zimbabwe und der Etablierung einer Botschaft in Harare hatte sich zugleich auch – und dies ist als zumindest vorerst (57) bleibende qualitative Verbesserung zu werten – die diplomatische Präsenz Österreichs im Bereich der Frontstaaten erheblich gesteigert. Die pragmatische Annäherung an das neue Zimbabwe hatte des weiteren ausgereicht, heimischen Unternehmen wichtige Kooperationen vor allem im Eisenbahnbau und im Stahlbereich zu eröffnen, und wenig später konnten auch die ersten österreichischen Entwicklungshelfer mit ihrer Tätigkeit in Zimbabwe beginnen. Offiziell wurde auf beiden Seiten von einer realistischen Ausbaufähigkeit der gegenseitigen Beziehungen gesprochen (58).

Tatsächlich aber ist es zu einem weiteren Ausbau der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Zimbabwe nicht gekommen. Trotz mehrfacher Diskussionen (59) wurde aus unbekanntem Gründen bis heute keine zimbabwische Botschaft in Österreich eröffnet, ja nicht einmal ein diplomatischer Repräsentant Harares bei der Wiener Regierung mitakkreditiert. Mit der Beendigung der ersten wirtschaftlichen Projekte und dem Rückgang des Handels begab sich auch der vorwiegend wirtschaftlichen Zwecken dienende, rege Reiseverkehr zimbabwischer Regierungsmitglieder nach Österreich zu verringern (60); auch ein vereinbarter Gegenbesuch von Handelsminister Staribacher in Zimbabwe (61) kam nicht zustande. Die vielbeachtete Österreichvisite von Ministerpräsident Robert Mugabe im Dezember 1985 belebte zwar die wirtschaftlichen Kontakte, die diplomatischen jedoch nicht wesentlich. Abgesehen von einem Gespräch im österreichischen Parlament (62) standen in den Gesprächen mit Bundespräsident Kirschschräger, Bundeskanzler Sinowatz, Außenminister Gratz und dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Sallinger, Wirtschaftsfragen im Vordergrund (63); weder wurde seither eine zimbabwische Vertretung in Österreich errichtet noch die von Mugabe in einer Pressekonferenz angedeutete Vereinbarung von Landrechten für Air Zimbabwe in Wien-Schwechat in die Tat umgesetzt. Offensichtlich ist eine Stagnation im Bereich der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Zimbabwe eingetreten.

Über die Gründe hierfür im allgemeinen – und vor allem über die Faktoren der außenpolitischen Willensbildung auf zimbabwischer Seite – können hier mangels näherer Untersuchungen nur Vermutungen angestellt werden. Es scheint freilich kein Zufall zu sein, daß die erwähnte Stagnation auch mit einer (im nächsten Abschnitt darzustellenden) Verringerung der wirtschaftlichen Kontakte zusammenfällt. Parallel zu den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen haben sich kaum Felder einer gemeinsamen politischen Kooperation zwischen den beiden Ländern entwickelt; es blieb bei der Aufnahme bilateraler Beziehungen in einem traditionellen diplomatischen Rahmen. Seitens Zimbabwes wurde zwar mehrfach die Anregung

eines stärkeren Namibia-Engagements Österreichs – etwa im Bereich der Vereinten Nationen – geäußert (64), doch kam ein solches Engagement nicht zustande. Auch in bezug auf Südafrika-Sanktionen spielte Österreich trotz seiner verbalen Kritik an der Apartheid nicht unbedingt eine Vorreiterrolle. Ebenso ist die vielfach vorgeschlagene Umschichtung politischer und wirtschaftlicher Kontakte zu Südafrika in den SADCC-Bereich nicht zu verzeichnen; die 1984 – als der Besuch in Zimbabwe noch ausständig war – geäußerte Absicht von Handelsminister Norbert Steger, Südafrika zu besuchen, ließ phasenweise sogar auf das Gegenteil schließen (65). Kurz: die 1980 von vielen gehegte Erwartung einer grundlegenden Veränderung der österreichischen Beziehungen zum Südlichen Afrika ist bislang noch unerfüllt. Gerade ein konkretes Engagement gegen die südafrikanische Apartheid- und Destabilisierungspolitik wird von Zimbabwe jedoch als nicht unwichtiges Kriterium für die Gestaltung seines bilateralen Verhältnisses zu anderen Ländern betrachtet; nicht zufällig hat Mugabe seinen Staatsbesuch in Österreich auch mit einem offiziellen Dank für die kurz zuvor gegen Südafrika verhängten ersten Sanktionen verbunden (66).

4. Die wirtschaftlichen Beziehungen

4.1. Außenhandel

Bereits zweieinhalb Wochen vor Inkrafttreten des in Lancaster House vereinbarten Waffenstillstands am 28. Dezember hatte sich die Bundeswirtschaftskammer für die Aufhebung der Rhodesien-Sanktionen ausgesprochen (67), und in ebenso unangemessener Eile – noch vor einem entsprechenden Beschluß des Weltsicherheitsrates – hatte auch das Außenministerium den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, österreichischerseits seien die Sanktionen als beendet zu betrachten (68). Von Handelsminister Staribacher wurde am 19. Jänner 1980 die entsprechende Verordnung unterzeichnet (69).

Angesichts des dringenden Interesses österreichischer Firmen, den allgemein erwarteten, durch den Wiederaufbau des Landes ausgelösten Wirtschaftsboom für sich zu nützen, ist die Eile der Behörden leicht erklärlich. Schon an der ersten Internationalen Handelsmesse in Bulawayo waren mehrere heimische Unternehmungen beteiligt (70), und im Herbst desselben Jahres 1980 eröffnete die VOEST in Salisbury eine Vertretung, die über den Verkauf von Schienen, Eisenbahnweichen sowie diverser Maschinen und Anlagen verhandelte. Angesichts des Wiederaufbaues des zimbabwe'schen Eisenbahnnetzes konnte auch Plasser & Theurer erfolgreiche Abschlüsse melden; es folgten die Magnesitindustrie sowie die Firmen Engel, Chemiefaser Lenzing, Elin und EMCO (71). Gemeinsam mit Außenminister Willibald Pahr eröffnete der Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer, Rudolf Seidl (72) im Mai 1981 die von Lusaka nach Salisbury verlegte Außenhandelsstelle (73).

„Ein Jahr nach der Unabhängigkeit reißt sich alle Welt um Handelsbeziehungen mit dem jungen schwarzafrikanischen Staat“, schrieb 1981 der „Kurier“, und

nicht nur „alle Welt“, sondern auch die Bundeswirtschaftskammer und ihr neuer Außenhandelsstellen-Leiter Dr. Wolfgang Harwalik fanden Zimbabwe „äußerst interessant“ (74). In der Tat nahm der Außenhandel zumindest in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Zimbabwe's eine vielversprechende Entwicklung. War das bilaterale Handelsvolumen im Jahr 1980 noch bei etwas mehr als 100 Mio. öS und damit unter den 1965, dem ersten Jahr der Rhodesien-Sanktionen, erreichten Werten gelegen (75), so konnte 1981 durch spektakuläre Steigerungsraten in beiden Richtungen das Fünffache, 1982 immerhin noch das Viereinhalbfache dieser Größenordnung erzielt werden. Zwar war der Boom für Österreich von kurzer Dauer – bereits ab 1982 begann das Handelsvolumen wieder zu schrumpfen –, doch lag es selbst am Tiefpunkt 1987 zweieinhalb Mal so hoch wie im ersten Jahr nach den Sanktionen. Ähnlich wie vor 1965 gilt, daß die österreichische Handelsbilanz (mit Ausnahme von 1986) infolge des Überwiegens heimischer Rohstoffimporte stark passiv blieb, und daß sich – trotz einer zumindest exportseitig ziemlich differenzierten Warenstruktur – Veränderungen einzelner wichtiger Positionen in erheblichen jährlichen Fluktuationen niederschlugen. Auch sonst springen eher Kontinuitäten ins Auge: Der Handel wird im großen und ganzen mit denselben Waren(gruppen) bzw. durch dieselben Firmen abgewickelt wie vor – bzw. vermutlich auch während – dem Embargo.

Tabelle 1: Österreichisches Handelsvolumen mit Zimbabwe 1980 – 1987

Jahr	Importe	Veränd.	Exporte	Veränd.	Gesamt	Veränd.
1980	69.729		30.756		100.485	
1981	354.033	+ 407,7 %	150.462	+ 389,2 %	504.495	+ 402,0 %
1982	309.409	– 12,6 %	131.391	– 12,7 %	440.800	– 12,6 %
1983	215.327	– 30,4 %	182.569	+ 38,9 %	397.896	– 9,7 %
1984	228.792	+ 6,3 %	115.019	– 37,0 %	343.711	– 13,6 %
1985	304.070	+ 32,9 %	100.418	– 4,9 %	404.488	+ 17,7 %
1986	192.393	– 36,7 %	231.301	+ 130,3 %	423.694	+ 4,7 %
1987	157.444	– 18,2 %	115.049	– 50,3 %	272.493	– 35,7 %
1988 (Jän. – Juli)	83.937		79.585		163.522	

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik, Serie 2; für 1988: Statistische Nachrichten, Okt. 1988, S. 788; in 1000 öS)

Im einzelnen setzte sich der globale Trend naturgemäß aus sehr verschiedenen Entwicklungen zusammen. Betrachtet man zunächst die Importe, die 1980 noch weit unter dem Wert von 1965 lagen, so sticht das sprunghafte Wachstum auf den bisherigen Höchststand in den Jahren 1981 und – bereits abgeschwächt – 1982 ins Auge. Vor allem bei Rohstoffen (SITC-Kategorie 2) kann geradezu von einem österreichischen Nachfragesog gesprochen werden: Jeweils verglichen mit 1980,

erhöhten sich 1981 die Einfuhren an Baumwolle und anderen mineralischen Rohstoffen wertmäßig um 949 % bzw. 934 %, 1982 um 667 % bzw. 1082 %; die mengenmäßigen Zuwächse sind etwas geringer, aber dennoch beachtlich.

Tabelle 2: Österreichische Importe aus Zimbabwe, 1980 – 1987

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Ges.	69.729	354.033	309.409	215.327	228.792	304.070	192.393	157.444
0	23	1.778	5.546	1.806	2.816	2.955	74	2.733
1	9.000	81.864	49.741	28.608	40.444	62.524	28.789	40.316
2	25.732	243.825	198.424	122.187	134.032	173.976	94.454	67.754
3	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	—	—	—
5	—	—	—	—	—	259	2.099	—
6	34.683	26.143	54.978	61.607	49.646	60.526	64.774	45.371
7	3	—	—	—	79	—	—	10
8	177	420	720	1.098	1.775	3.830	2.203	1.260
9	76	3	—	—	—	—	—	—

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik, Serie 2, in 1000 öS; Kategorien nach SITC.

1983 und 1984 jedoch bewegten sich die österreichischen Einfuhren bereits auf einem wesentlich geringeren Niveau, und nach einem neuerlichen Aufschwung 1985 ist in den Folgejahren geradezu von einem Absturz zu sprechen (76). Verantwortlich für diese Entwicklung war vordergründig der jeweils unterschiedliche Importbedarf Österreichs bei Rohstoffen und bearbeiteten Waren; beide Kategorien zusammen machten zwischen 1980 und 1987 jeweils zwischen 72 % und 86 % der gesamten Einfuhren Österreichs aus Zimbabwe aus und zeichneten zu einem Gutteil für die starken Fluktuationen verantwortlich. Im wesentlichen handelt es sich dabei in SITC-Kategorie 2 um Baumwolle, um andere mineralische Rohstoffe sowie — seit 1985 — auch um NE-Abfälle und Schrott. In SITC-Kategorie 6 bestehen die Importe hauptsächlich aus Roheisen/Ferrolegerungen, Nickel, fallweise Kupfer und in kleinerem Umfang auch Zinn.

In hohem Ausmaß sind die österreichischen Importe aus Zimbabwe somit auf die unternehmerischen Entscheidungen der baumwollverarbeitenden Vorarlberger Textilindustrie (77), der metallverarbeitenden Industrie sowie der staatlichen Austria Tabak angewiesen. Ihren traditionellen, im Ausmaß stark variierenden Importen kommt für die Regulierung der gesamten Handelsbeziehungen zu Zimbabwe zweifellos eine gewisse Bedeutung zu. Nicht zuletzt in den ein- und ausfuhrbelebenden Wirkungen der seit 1985 abgeschlossenen Tabak-Bartergeschäfte mit österreichischen Industriewarenherstellern (1986: 2 Mio. US-\$, 1987: 4 Mio. US-\$ für 1988 wurde ein neuer Barter für 8 Mio. US-\$ vereinbart) findet dies seinen Niederschlag (78).

Exportseitig ist die Entwicklung zum Teil mit jener bei den Importen vergleichbar. Auch hier war 1981/82 ein starker Boom mit deutlichen Einbrüchen in den folgenden Jahren zu verzeichnen.

Tabelle 3: Österreichische Exporte nach Zimbabwe, 1980 – 1987

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1985	1987
Ges.	30.756	150.462	131.391	182.569	115.019	100.418	231.301	115.049
0	—	11.232	—	—	4.072	—	—	—
1	—	—	—	3	16	—	—	33
2	1.506	14.440	18.934	4.131	4.670	—	20	10
3	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	—	—	—
5	3.372	7.748	8.026	10.087	14.905	11.856	18.881	21.595
6	11.358	47.719	26.505	54.891	48.454	56.400	68.745	60.973
7	13.718	66.101	75.637	112.143	41.328	30.682	140.620	31.530
8	753	3.194	2.233	1.076	1.574	1.480	3.035	908
9	49	28	56	238	—	—	—	—

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik, Serie 2; in 1000 öS.

Überlagert erscheint diese Entwicklung jedoch 1983 durch einen ziemlich ins Gewicht fallenden Exportauftrag der Simmering-Graz-Pauker AG (84 Mio. öS) und 1986 durch die wohl infolge des Besuchs von Ministerpräsident Mugabe in Österreich deutlich belebte Exportaktivitäten.

Tragende Säulen der österreichischen Exporte sind vor allem die Positionen bearbeitete Waren und Maschinen/Verkehrsmittel, die zusammengenommen zwischen 76 % und 92 % der Ausfuhren bilden. In SITC-Kategorie 6 handelt es sich dabei vorwiegend um Waren aus mineralischen Stoffen (im wesentlichen um feuerfeste Magnesitziegel für Hochöfen), in SITC-Kategorie 7 um diverse Werkzeug- und Spezialmaschinen, um Textilmaschinen der Klagenfurter Firma Zimmer sowie 1983/84 um SGP-Drehgestelle für Lokomotiven (79). Zahlreiche kleinere Positionen sind wohl als Zulieferware für die Elektrifizierungs- und Stahlwerks-Rehabilitationsprojekte zu betrachten. Abgesehen vom später näher darzustellenden Engagement der VOEST in diesem Bereich konnten ferner im Anlagenbau 1985 Einrichtungen zur Fabrikation von Plastiksäcken (Chemiefaser Lenzing) sowie zur Erzeugung von Kupferhalbzeugprodukten in Zimbabwe abgesetzt werden (80).

Österreichische Handelsmissionen nach Zimbabwe sind nie zustande gekommen. Der Förderung der österreichischen Exporte dient jedoch die bereits erwähnte Präsenz österreichischer Firmen auf der Internationalen Handelsmesse von Bulawayo. Bei den jährlichen Gruppenausstellungen der Bundeswirtschaftskammer beteiligten sich 1981 zwölf (81), 1982 bereits 17 Firmen (82). 1987 und 1988 war diese Zahl — charakteristisch für den Verlauf des Zimbabwe-Handels —

allerdings wieder auf zwölf bzw. elf Unternehmen gesunken (83). Kurzfristig konnten österreichische Firmen somit in der Tat vom Wirtschaftsboom Zimbabwes nach 1980 (84) profitieren. Ab 1983 ist jedoch eine zwar durch einzelne Abschlüsse belebte, dennoch aber deutliche Stagnation im österreichisch-zimbabwe'schen Handelsverkehr zu bemerken. Ein Ausbau der Anfang der 80er Jahre expandierenden Beziehungen zu einer dauerhaften Kooperation gegenseitigen Vorteils ist offenbar nur sehr eingeschränkt erfolgt. Als ökonomische Hindernisse dafür sind etwa bei den Importen die 1983/84 in Zimbabwe herrschende Dürre und dadurch bedingte Lieferschwierigkeiten bei agrarischen Produkten, bei den Exporten die allgemein bekannten Devisenprobleme der zimbabwe'schen Volkswirtschaft zu erwähnen. Österreichischerseits erweisen sich die zu wenig diversifizierte Nachfragestruktur nach zimbabwe'schen Produkten und das Fehlen geeigneter Exportanreize (85) als problematisch. Mögliche Umschichtungen aus dem Südafrika-Handel – sei es auf zimbabwe'scher, sei es auf österreichischer Seite – sind bisher ebenfalls kaum wahrgenommen worden (86). Und nach wie vor verfügt keine österreichische Firma über Investitionen in Zimbabwe (87); auch mangels einer solchen Kapitalverflechtung ist somit keine Basis für mittel- bis langfristige Kooperationen gegeben (88).

Doch ohne all diese „objektiven“ Hindernisse zu unterschätzen – im allgemeinen sind sie für unternehmerische Entscheidungen nicht ausschließlich bestimmend. Auch (nicht-kommerzielle) Einschätzungen etwa der Stabilität oder der politischen Ausrichtung eines Landes spielen bekanntlich eine wichtige Rolle. Daß sich nun seit 1980 die Darstellungsperspektive Zimbabwes gerade in den wirtschaftsnahen Medien Österreichs kaum verändert hat, muß als ein für geschäftliche Strategien relevanter Tatbestand gelten. Nicht die weltweit anerkannte Versöhnungspolitik der Regierung Mugabe gegenüber den weißen Bürgern Zimbabwes beherrscht hier das Bild, sondern die angeblich drohende Gefahr eines „marxistischen Einparteien-Regimes“, auf die Maßnahmen Zimbabwes zur Demokratisierung des politischen Systems oder zur Abwehr südafrikanischer Destabilisierungsversuche zurückgeführt werden (89). Sicher haben die innenpolitischen Probleme Zimbabwes dieser hartnäckig aufrechterhaltenen „weißen“ Betrachtungsweise nicht unbeträchtlich Vorschub geleistet. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen ZANU und ZAPU, der Versuch der Regierung, die Probleme im Matabeleland ab 1983 militärisch zu lösen (mit allen daraus resultierenden Menschenrechtsproblemen (90)), und die vor allem anlässlich der Wahlen 1985 erfolgende tribalistische Mobilisierung der Bevölkerung haben in der Tat bestehende Zweifel an der Stabilität des Landes begünstigt und politische bzw. wirtschaftliche Kooperationsentscheidungen negativ beeinflusst. Gerade deshalb müßten nunmehr freilich auch die Erfolge der „Unity“-Bewegung, die Ende 1987 in einem Grundsatzertrag zur Überwindung der traditionellen parteipolitischen Gegensätze Zimbabwes zum Ausdruck kamen, entsprechende positive Berücksichtigung finden – wofür derzeit aber nur wenige Anzeichen sprechen.

4.2. VOEST und die Rehabilitierung von ZISCO

Über das österreichischerseits stets sehr positiv bewertete, dennoch aber ohne große Folgeprojekte gebliebene Engagement der VOEST bei der Rehabilitierung des zimbabwe'schen Stahlwerks ZISCO (früher RISCO) bei Redcliff sind in Österreich nur sehr wenige Detailinformationen verfügbar. Angesichts der dargestellten Bedeutung des Projekts für die österreichischen Wirtschaftsbeziehungen zu Zimbabwe – und besonders für eine Analyse der Rolle der verstaatlichten VOEST in Ländern der Dritten Welt – erschien dem Autor jedoch zumindest eine Zusammenstellung dieser und ergänzender Fakten aus heimischen und zimbabwe'schen Quellen geboten, ohne daß damit bereits ein abschließendes Gesamturteil vorweggenommen werden soll (91).

Anfang der 80er Jahre zählte ZISCO zweifellos zu den Sorgenkindern der neuen Regierung Zimbabwes, die neben diversen südafrikanischen Konzernen mit mehr als 49 % der Anteile über die bestimmende Aktienmehrheit der Firma ZISCOSTEEL verfügte. Ein Großteil des weißen administrativen und technischen Managements hatte Zimbabwe nach 1980 aus politischen Gründen verlassen, der Preisverfall auf den Stahlmärkten traf die in ihrer Produktion zu 70 % exportabhängige Firma vernichtend, Schwierigkeiten bei der Überwindung der werksinternen colour bar sowie andere soziale Gründe machten sich in einem Rückgang der Arbeitsdisziplin bemerkbar; Mitte 1982 wurde bereits von einer drohenden Schließung des Betriebs mit unabsehbaren ökonomischen und sozialen Folgen gesprochen (92).

Am 1. 12. 1982 gab Industrieminister Makoni bei einer Pressekonferenz in Redcliff eine nach längeren Verhandlungen erzielte Grundsatzvereinbarung mit der VOEST-Alpine – einer alten Bekannten von ZISCO – bekannt. Die VOEST verpflichtete sich dabei erstens, ZISCO durch Bereitstellung administrativer und technischer Experten sowie durch die Ausbildung von Personal sowohl in Zimbabwe als auch in Österreich unter die Arme zu greifen; zweitens Hilfe bei den technischen und kommerziellen Evaluation bzw. Modernisierung des Werkes zu leisten; und sich drittens – gemeinsam mit der österreichischen Regierung – auch um die notwendige Finanzierung zur Umsetzung der verschiedenen Programme und Projekte zu kümmern, wozu noch separate Verhandlungen mit den österreichischen Partnern stattfinden sollten. Makoni gab weiters die – im Einvernehmen mit der VOEST am 25. 11. erfolgte – Ernennung des Österreicher Kurt Kühn zum Managing Director bekannt; die neue Führung hätte innerhalb von sechs Monaten Vorschläge zur gesamten Reorganisation des Betriebs („with the view to establishing a total strategy for the revitalisation of ZISCO. Such a strategy may include structural reorganisation of the company, personnel redeployments and changes in operational methods and procedures“) zu erstatten (93). Kühn und sein Team – Ende 1983 befanden sich 20 VOEST-Spezialisten in Redcliff (94) – begannen Anfang Dezember mit ihrer Tätigkeit (95). Im Februar 1983 fanden in Wien und Linz die angekündigten Verhandlungen zwischen Industrieminister Simba Makoni, dem Staatssekretär für die Schwerindustrie, E. J. Mabhena, und den österreichischen Regierungsmitgliedern Staribacher und Lacina, der Bundeswirtschaftskam-

mer und den beteiligten Firmen, vor allem der VOEST, statt (96). Zugleich liefen die ersten Trainingsprogramme für ZISCO-Arbeiter in Österreich an (97).

Die Maßnahmen bei ZISCO selbst bezweckten zunächst prioritär eine durch Reparaturen und technische Maßnahmen zu erzielende Kapazitätssteigerung bis April 1983 um 20 %; bis Ende 1984 sollte die volle Kapazität von 1 Mio. Tonnen Flüssigstahl jährlich erreicht werden (98). Durch eine Exportoffensive im SADCC- und PTA-Raum sollten weiters die Absatzchancen von zimbabwesischem Stahl vergrößert werden; Berichte über erhöhte Exportanstrengungen nach Südafrika wurden von der Firma dementiert (99).

Im Mai 1983 überreichte Kühn das geforderte Reorganisationskonzept mit drei spezifischen Empfehlungen an die Regierung; die Genehmigung erfolgte im November (100). Zum ersten sollten ZISCO's Produktionskosten durch die Erschließung bzw. den Abbau von näher gelegenen Minen, die Errichtung einer neuen Sinteranlage sowie von zwei Stranggußanlagen vermindert werden; technische Modernisierungen sollten ZISCO auch zur Herstellung von neuen, spezialisierten Produkten befähigen. Zum zweiten übernahm die Regierung die durch den Preisverfall auf den Weltmärkten entstandenen Verluste. Und drittens sollte die Qualifikation der Beschäftigten durch kurz- und langfristige Trainingsprogramme v.a. im technischen und mittleren Managementbereich verbessert werden. Die Gesamtkosten des Rehabilitationsprogramms wurden auf 200 Mio. Z- $\text{\$}$ geschätzt, die die Regierung später in eine weitere Beteiligung umwandeln und so zu einer Erhöhung des inländischen Anteils an ZISCO benützen wollte (101). Die Annahme des Programms war nicht zuletzt infolge von Hinweisen der VOEST auf mögliche finanzielle Unterstützung durch günstige Kredite aus Großbritannien, der DDR, der BRD, aus Frankreich, Japan und Österreich zustande gekommen (102).

Die technische Reorganisation des Stahlwerks war offensichtlich zumindest einigermaßen erfolgreich; im Oktober 1984 kündigte Kühn in Bulawayo die Beendigung der Überholungsarbeiten mit Jahresende, eine Steigerung der Produktion auf 600.000 Jahrestonnen und – infolge international steigender Stahlpreise – zu erwartende Exporterlöse bis zu 130 Mio. Z- $\text{\$}$ an (103). Inwieweit die Zusammenarbeit mit der VOEST für ZISCO aber auch kaufmännisch erfolgreich war, ist den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen; allerdings war die VOEST in den folgenden Jahren in Zimbabwe auffallend wenig präsent. Umstritten und nach wie vor ungeklärt erscheint die Politik Kühns und seines Teams ferner in einer für die zimbabwesische Volkswirtschaft sehr entscheidenden Frage.

Veränderungen im Bereich der südafrikanischen Stahlindustrie hatten schon Ende der 70er Jahre zu Bestrebungen des (zur Anglo-American-Gruppe gehörigen) Haggie Rand-Konzerns geführt, Konkurrenten bei der Erzeugung von Stabstahl und Drähten, darunter die in Zimbabwe produzierende britische Firma Lancashire Steel, auszuschalten. Nach mehreren gescheiterten Versuchen (104) gelang es offenbar, ZISCO zur Unterstützung dieser Strategie zu gewinnen. Dessen wirtschaftlicher und politischer Druck führte schließlich zum gewünschten Ergebnis: das überschuldete Landshire Steel wurde von der zimbabwesischen Regierung übernommen, in Kooperation mit ZISCO ein neues Management eingesetzt; Haggie Rand erhielt vertraglich die alleinigen Ankaufsrechte für Lancashire-Produkte zu-

gesprochen. Ein großer Teil der weiterverarbeitenden Industrie nicht nur Zimbabwes und anderer SADCC-Länder, sondern auch Südafrikas war damit von den Lieferungen Haggie Rands abhängig geworden. Im Zuge einer einschlägigen Debatte im südafrikanischen Parlament wurde offen von einem „Kartell“ der südafrikanischen Stahlerzeuger mit ZISCO gesprochen und die Verbindung der VOEST zum südafrikanischen ISCOR dafür verantwortlich gemacht.

„Despite the size of this contract (in Zimbabwe, Anm. d. A.) however, Kuhn's critics argue that he and Voest-Alpine had a relatively greater and longer term interest in remaining in favour with the much larger South African steel industry, where more large contracts could be gained.“ (105)

In Südafrika wurde eine amtliche Untersuchung eingeleitet (106), in Zimbabwe sind ähnliche Reaktionen zumindest nicht bekannt. Eine Klarstellung seitens der VOEST wäre wünschenswert – laufen die Vorwürfe doch immerhin auf die Behauptung hinaus, der verstaatlichte österreichische Stahlkonzern hätte sich als Werkzeug der südafrikanischen Destabilisierungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet gebrauchen lassen. Träfe dies zu, ließen sich auch die beobachteten Reserven auf zimbabwesischer Seite gegenüber Österreich erklären.

Für die Öffentlichkeit kam die Ablöse Kühns jedenfalls überraschend. Offiziell wurde das Auslaufen seines Vertrages mit Ende November 1984 auf andere berufliche Verpflichtungen in Europa zurückgeführt (107). Kühn selbst sprach gegenüber ZISCO-Arbeitern jedoch davon, er wäre lieber in Zimbabwe geblieben, „wenn ihm das erlaubt worden wäre“ (108).

5. Zusammenfassende Bemerkungen

Die in den vorangegangenen Abschnitten versuchte Bestandsaufnahme der Beziehungen Österreichs zu Zimbabwe kann thesenartig wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die österreichisch-zimbabwesischen Beziehungen haben sich in den 50er und 60er Jahren zu entwickeln begonnen, d.h. in der Phase sowohl eines verstärkten österreichischen Engagements in Südafrika als auch der Loslösung des süd-rhodesischen Regimes aus Zentralafrikanischer Föderation und britischem Kolonialsystem. Der politische Rahmen dieser Entwicklung auf österreichischer Seite ist somit – sei es aufgrund bewußter Strategie oder faktischer Akzeptanz – der einer wachsenden Kooperation, ja Solidarität mit „Weiß-Afrika“, mit den unter der Herrschaft rassistischer Minderheitsdiktaturen verbliebenen Teilen des in rascher Entkolonisierung begriffenen Kontinents. Neben dem dominierenden Südafrika fiel Süd-Rhodesien dabei die Rolle eines Juniorpartners nicht nur der heimischen Wirtschaft, sondern auch bei Emigration, Mission oder Auslandsösterreichertum zu.
2. Mit der Befreiung des Landes 1980 hat sich diese Rahmenstruktur nur zu geringen Teilen verändert. Zwar wurden diplomatisch wie auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Anhang) neue Akzente gesetzt, nicht nur wirtschaftlich jedoch ist Südafrika der wichtigste Partner Österreichs in der

Region, Zimbabwe der Juniorpartner geblieben. Bei den Beziehungen mit Zimbabwe selbst springt zunächst die Kontinuität von Warenstruktur und involvierten heimischen Unternehmungen ins Auge; maßgebliche Firmen – so die VOEST – waren in der Lage, ihre selbst während der UDI-Periode aufrechterhaltenen Wirtschaftskontakte fast bruchlos fortzusetzen. Neue Möglichkeiten ökonomischer Kooperation, etwa mit dem Kooperationssektor (109), wurden kaum genutzt. Weder wurden ferner Felder eines gemeinsamer (bilateralen, regionalen oder multilateralen) außenpolitischen Engagements erschlossen – wo zu sich in der Tat Aktivitäten zur Lösung der Namibia-Krise oder zur Unterstützung der Region gegenüber südafrikanischer Destabilisierung anbieten würden –, noch hat sich die von österreichischen Medien vermittelte Informationsperspektive verändert. Österreichs Beziehungen sind im wesentlichen Beziehungen zum „weißen“, vom Lancaster House-Abkommen bis 1990 geschützten Wirtschaftssektor Zimbabwes geblieben (110).

3. Sieht man von der 1982/83 erfolgten Ausgliederung von Lesotho und Swaziland aus dem Amtsbereich der österreichischen Botschaft in Südafrika und ihrer Zuordnung zur Vertretung in Harare ab (111), so sind Maßnahmen einer Umschichtung von Kooperationsstrukturen mit dem Apartheid-Staat ins befreite Zimbabwe nicht feststellbar. Wenn Österreichs Präsenz in Zimbabwe verstärkt wurde, so zumeist auf Kosten von anderen SADCC-Ländern, vor allem von Zambia. Dies trifft auf die bereits erwähnte Schwerpunktsetzung zu Anfang der 60er Jahre ebenso zu wie auf die Verlegung der Außenhandelsstelle von Lusaka nach Harare 1981 und auf die bevorstehende Stilllegung der österreichischen Botschaft in Lusaka und die Wahrnehmung ihrer Kompetenzen von Harare aus. Sicherlich ist der 1986 entsandte Entwicklungshilfe-Attache auch von Harare aus in der Lage, seine Kompetenzen in den einzelnen Nachbarländern aktiv wahrzunehmen, doch kann darin kein Ersatz für eine allseitige Verstärkung der bilateralen Beziehungen Österreichs zu den einzelnen SADCC-Staaten – wie sie sich aus den eingangs erwähnten Schwerpunktsetzungen ergeben würde – gesehen werden.
4. Quantitativ sind die österreichisch-zimbabwische Beziehungen seit 1980 zunächst durch eine deutliche Intensivierung, sehr rasch aber eine fast ebenso merkliche Abschwächung gekennzeichnet. Die für wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt generell ungünstigen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft (sinkende Rohstoffpreise, Verschuldungskrise) scheinen dafür ebenso maßgeblich gewesen zu sein wie derzeit nicht näher zu lokalisierende Vorbehalte auf zimbabwischer und das rasche Abflauen von politischen Anstößen auf österreichischer Seite. Vieles spricht dafür, daß das mögliche Ausmaß gegenseitiger Kooperation noch keineswegs ausgeschöpft ist, daß es aber eines neuen, außenpolitisch motivierten österreichischen Bemühens bedürfte, weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erschließen. Eine konsequente Fortführung der seit 1985 ansatzweise betriebenen Sanktionspolitik gegenüber Südafrika und die ohnehin fällige Implementierung der SADCC-Schwerpunktsetzung könnten wesentliche Bestandteile einer solchen neuen Zimbabwe-Initiative bilden.

Anhang: Mission und Entwicklungszusammenarbeit – ein Überblick (112)

Die Bearbeitung unseres Themas wäre sicherlich unvollständig ohne die Berücksichtigung der verschiedenen Beziehungen in diesem Bereich. Eine vollständige Analyse dazu erwies sich in diesem Zusammenhang allerdings weder als räumlich möglich noch angesichts der wenigen zur Verfügung stehenden Vorarbeiten als machbar. Zumindest ein kurzer Überblick soll in diesem Anhang jedoch zusammengestellt werden.

1. Die katholische Mission

Die Verbindungen der katholischen Mission in das Gebiet des heutigen Zimbabwe reichen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Als einer der ersten österreichischen Missionare kann der Jesuit Karl Wehl angesehen werden, der nach verschiedenen Reisen und Aufenthalten in Zimbabwe 1881 im moçambiqueanischen Sofala verstarb (113). In den diversen Missionsblättern der Jahrhundertwende findet die „Jesuiten-Mission im Matabeleland“ immer wieder Erwähnung (114), obwohl sich die regionalen Missionsbemühungen österreichischer Orden in dieser Zeit auf Südafrika konzentrierten.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Zuge der stärker werdenden österreichischen Immigration nach Süd-Rhodesien, scheint auch die dortige Missionspräsenz verstärkt worden zu sein. Ende der 50er bzw. Anfang der 60er Jahre kamen Missionare wie Gabriel Kleinlercher, die Ordensschwwestern Barbara und Antonia Außerleitner oder Bertholde Polterauer in Rhodesien zum Einsatz (115). Neben dem von Österreich ausgehenden, in Südafrika präsenten Orden von Marianhill waren vor allem die Jesuiten aktiv; von ihrer Tiroler Provinz wurden etwa Jugendliche im Maturaalter für befristete Einsätze als Missionshelfer entsandt (116). Aus dem Missions-Spendenaufkommen der österreichischen Katholiken begannen jährliche – im Vergleich zur Hilfe für Missionen in anderen afrikanischen Ländern jedoch relativ geringe – Beträge nach Rhodesien zu fließen.

Zwischen 1965 und 1970 weisen die Jahresberichte der neugegründeten „Koordinationsstelle für Entwicklungshilfe des Sekretariats der österreichischen Bischofskonferenz“ Projektunterstützungen (Missions- und Entwicklungshilfe) in der Höhe von 4,257.320 öS aus; etwa 3 Mio. davon waren für die rhodesische Bischofskonferenz zur Ausbildung einheimischer Priester bestimmt, der Rest für österreichische Priester und Ordensschwwestern auf diversen Missionsstationen, zumeist im Matabeleland. Zwischen 1971 und 1978 (1979 flossen keinerlei kirchliche Missions- oder Entwicklungshilfegelder mehr nach Süd-Rhodesien) betragen die über die Koordinierungsstelle ausbezahlten Mittel weitere 5,056.018 öS, wovon etwa 1,5 Mio. wieder für die kirchliche Priesterausbildung, die restlichen 3,5 Mio. für Missionsstationen gegeben wurden. Insgesamt gesehen waren seit 1965 die wichtigsten Empfänger österreichischer Hilfgelder die rhodesische Bischofskonferenz mit 4,4 Mio. öS (von den Päpstlichen Missionswerken Österreichs zur Verfügung gestellt), der Missionar Gabriel Kleinlercher in Antelope Mine bei Maphisa

mit 2,3 Mio. öS (größtenteils von Bruder in Not/Tirol und der Katholischen Jung-schar/Tirol aufgebracht) sowie die Missionsstation Brunapeg (Missionar Konrad Atzwanger) an der Grenze zu Botswana mit 1,3 Mio. öS (größtenteils ebenfalls von den Päpstlichen Missionswerken überwiesen).

Von ihrer Tradition her waren die ausländischen Missionsaktivitäten auch in der Geschichte Zimbabwes mit dem Vordringen des britischen Imperialismus bzw. dem Aufbau der weißen Minoritätsherrschaft eng verbunden. Zunehmend allerdings wurden Interessenkonflikte mit dem Staat – vor allem im Bereich des Schulwesens für Schwarze – unvermeidlich, kam es während der UDI-Periode zu offenem Widerstand nicht weniger in-, aber auch ausländischer Priester und Schwestern (117). Welche Rolle das österreichische Missionspersonal in diesem Konflikt zwischen weißer Regierung und ländlicher schwarzer Bevölkerung spielte, kann aufgrund mangelnder Vorarbeiten derzeit keine endgültige Beurteilung finden; Äußerungen einzelner Missionare lassen auf eine gewisse geistige Übereinstimmung mit der generellen Haltung der Österreicherkolonie in den 60er Jahren schließen (118). Von der Zunahme des Regierungsterrors während des Befreiungskrieges blieb die österreichische Missionskolonie gleichwohl nicht unverschont. 1977 kamen bei Überfällen auf entlegene Stationen in Matabeleland der Grazer Bauunternehmer und Missionshelfer Rudolf Kogler (119) sowie die erst kurz zuvor aus Südafrika eingetroffene Kärntner Ordensschwester Ferdinanda Ploner (St. Paul bei Lupane) (120) ums Leben. Während in Österreich die „Presse“ Guerillas für die Überfälle verantwortlich machte, berichtete der „Kurier“ („Morden Weiße die weißen Missionare? Starke Zweifel an Rhodesiens Unschuld“) immerhin von einer „dunkelhäutigen Sondereinheit der rhodesischen Armee“, wobei er sich auf ein vertrauliches Gespräch mit einem „rhodesischen Ex-Soldaten“ berufen konnte (121). Daß diese letztere Version auch zutrifft und die berüchtigten Massaker auf Missionsstationen von einer Spezialtruppe der rhodesischen Armee, den Selous Scouts, ausgeführt wurden, kann mittlerweile als gesichert gelten (122).

Mit dem Ende des Krieges und dem beginnenden Wiederaufbau veränderten sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch für die Missionen. Ein Wandel der kirchlichen Projektpolitik hatte sich schon ab der Mitte der 70er Jahre – bei allerdings immer kleiner werdenden Beträgen – abzuzeichnen begonnen. War bis inklusive 1972 zum überwiegenden Teil „Missionshilfe“ (Unterstützung für Priesterausbildung und Kirchenbauten) vergeben worden, so verschob sich der Schwerpunkt später immer mehr in Richtung auf (nach wie vor Missionen zugeordnete) Entwicklungshilfeprojekte (Wasserversorgung, Unterkünfte für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Schulen etc.). In dieser Veränderung kommen Fortschritte der entwicklungspolitischen Diskussion der österreichischen katholischen Kirche (im Herbst 1979 hatte die Bischofskonferenz ein diesbezügliches Grundsatzdokument beschlossen) (123), zugleich aber auch ein verstärktes Erfassen der sozialen Situation in Süd-Rhodesien bzw. Zimbabwe zum Ausdruck. Mit dem Einsetzen der Entwicklungshilfe-Aktivitäten wurde dieser Trend naturgemäß weiter verstärkt.

Zwischen 1980 und 1986 weisen die Jahresberichte der (nunmehr unbenannten) „Koordinierungsstelle für internationale Entwicklungsförderung der österrei-

chischen Bischofskonferenz“ demnach Projektunterstützungen für Zimbabwe in der Höhe von insgesamt 20,134.071 öS aus; ab 1981 handelt es sich dabei zum überwiegenden Teil oder ausschließlich um Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe. Sowohl in der strukturellen Verschiebung als auch in der stark gestiegenen Größenordnung spiegelt sich vor allem das Engagement des österreichischen Entwicklungsdienstes (ÖED) in Zimbabwe wider; an die 9 Mio. öS waren insgesamt für Projekte der österreichischen Entwicklungshilfe in Zimbabwe bestimmt; an zweiter Stelle standen mit über 2 Mio. verschiedene Hungerhilfsprojekte in den Dürre-jahren 1984/85, und an dritter müssen mit 1,8 Mio. öS Unterstützungsgelder für soziale und entwicklungspolitische Einrichtungen der katholischen Bischofskonferenz bzw. der Caritas in Zimbabwe angeführt werden; der Rest ging an zumeist österreichische Priester und Ordensschwestern auf diversen Missionsstationen, jedoch in breiterer Streuung als früher.

2. Entwicklungszusammenarbeit

Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sind in den Jahren seit 1980 zu einem wesentlichen Element der Beziehungen Österreichs zu Zimbabwe geworden, auch wenn ursprünglich eine Teilnahme Österreichs an der großen Geberkonferenz über den Wiederaufbau Zimbabwes (ZIMCORD) (124) nicht zustande kam. Abgesehen von den bereits erwähnten, relativ geringen Unterstützungsprogrammen auf staatlicher Ebene (vor allem im Zusammenhang mit dem VOEST-Engagement bei ZISCO) ist die Entwicklungszusammenarbeit bislang als bilaterale technische Hilfe in Form von Personaleinsätzen der beiden großen österreichischen Entsenderorganisationen (ÖED und IIZ) erfolgt.

1981/82, zur Zeit des großen österreichischen Zimbabwe-Booms, hatte zunächst der österreichische Entwicklungsdienst/ÖED Möglichkeiten eines stärkeren Engagements in diesem Land erkundet. 1982 fiel der Grundsatzbeschuß, Zimbabwe – ähnlich wie Nicaragua – zu einem der Schwerpunktländer für ÖED-Personaleinsätze auszubauen (125). Vor dem Hintergrund der Geschichte Zimbabwes und des österreichischen Verhältnisses zum Südlichen Afrika sah man darin, wie Sprecher der Organisation mehrmals betonten, eine bewußte politische Entscheidung: „Wir wollen mitarbeiten am Aufbau von Ländern, die früher Diktaturen waren.“ (126) Inwieweit in diese Grundsatzentscheidung auch Anregungen von Regierungsseite oder aus dem Kreis der Solidaritätsbewegung eingeflossen sind, wäre zu klären. Nachdem schon 1981 ein bzw. zwei Koordinatoren (Hans und Rosa Maria Gattringer) die erforderlichen Kontakte an Ort und Stelle geknüpft hatten, wurde 1982 mit dem ersten Projekt (dem Missionsspital in Kana, dem als erste österreichische Entwicklungshelferinnen Maria Doblhofer und Hermi Wahl zugewiesen wurden) begonnen. Ein Jahr darauf befanden sich bereits 17 Entwicklungshelfer/innen auf insgesamt 14 Zimbabwe-Projekten im Einsatz (127).

Die auch in den folgenden Jahren zahlenmäßig zunehmenden Projekte des ÖED konzentrierten sich vorwiegend auf den Gesundheits- und Bildungsbereich, in jenen Sektoren, in denen seitens des zimbabwe'schen Entwicklungsprogramms in

der Tat ein sehr hoher Personalbedarf festgestellt wurde (128). Als Besonderheit ist die von zwei ÖED-Entwicklungshelferinnen (Ilse Zrzavy und Monika Schostal) mitgeprägte ZIMFEP-Modellschule in Fatima zu erwähnen (129). Weitere Projekte wurden in Kooperation mit spezialisierten Fachministerien in Harare, der Universität sowie der Agricultural and Rural Development Authority (ARDA) durchgeführt. Nicht zuletzt soll auch die Mitarbeit der Sozialarbeiterin Ulrike Gomelsky am Komitee für Soziale Dienste der katholischen Bischofskonferenz sowie von Rup Federsel und Jup Stadler beim Aufbau von Gruppen der Katholischen Arbeiterjugend in Bulawayo (130) Erwähnung finden. Als Projektpartner fungierten somit sowohl kirchliche als auch staatliche Stellen; ein vom ÖED angestrebtes Kooperationsabkommen mit den staatlichen Behörden kam gleichwohl nicht zustande (131).

Seit 1983 war auch das Institut für internationale Zusammenarbeit (IIZ) um Entwicklungshilfe-Projekte in Zimbabwe bemüht. 1985/86 wurden in Zimbabwe sieben Projekte mit insgesamt acht Mitarbeitern durchgeführt, zum Teil ebenfalls im Gesundheits- und Bildungssektor (z.B. District Hospital Gokwe/Viktor und Gabriele Stöllnberger), zum Teil auf den Aufbau der internationalen Entwicklungshilfe-Organisation ENDA bezogen; ein Projekt wurde gemeinsam mit der ARDA durchgeführt (Vladimir Stehlik) (132).

Mitte der 80er Jahre war das Entwicklungshilfeengagement Österreichs tatsächlich auf einem Höhepunkt angelangt. 30 Entwicklungshelfer des ÖED sowie acht des IIZ befanden sich in insgesamt 31 Projekten im Einsatz; die staatlichen Leistungen aus Mitteln der bilateralen Entwicklungshilfe waren von 1,1 Mio. öS (1981) auf 8,8 Mio (1983), 12,0 Mio. (1984) und 9,4 Mio. (1985) gestiegen (133). Der zweite Entwicklungshilfe-Attache Österreichs (mit dem Aufgabengebiet der Betreuung der gesamten SADCC-Region) wurde 1986 von Außenminister Peter Jankowitsch nach Zimbabwe entsandt – zugleich die vorderhand wohl letzte Verstärkung des diplomatischen Personals im Südlichen Afrika (134).

Seither – und wiederum im Einklang mit den generellen Trends im österreichisch-zimbabwischen Verhältnis – ist ein merklicher Rückgang der Entwicklungshilfeaktivitäten zu verzeichnen. Ende 1987 standen nur mehr 10 ÖED-Entwicklungshelfer im Einsatz (135), und vom IIZ wurde nur mehr ein einziges Projekt betrieben (136). Der programmgemäße Abschluß von Projekten, schwankendes Interesse bei Entwicklungshilfe-Bewerbern und nicht zuletzt auch interne Gründe sind als Ursachen dafür genannt worden (137). Allerdings wird mit einer neuerlichen Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit gerechnet, sobald das im Zuge des verstärkten SADCC-Engagements angekündigte Technische Hilfe-Abkommen mit Zimbabwe abgeschlossen sein wird (138).

ANMERKUNGEN

- (1) Vgl. Joseph Hanlon, *Beggar Your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa* (London – Indiana 1986); Phyllis Johnson/David Martin (Hrsg.), *Destructive Engagement. Southern Africa at War* (Harare 1986).
- (2) Vgl. Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1988 – 1990, Fortschreibung (Wien 1987), S. 61.

- (3) Vgl. dazu Walter Sauer/Theresia Zeschin (Hrsg.), *Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika* (Wien 1984).
- (4) Für ausführliche Gespräche zur Thematik möchte ich Herrn Botschafter Dr. Horst Friedrich Mezei, Herrn Attache Dr. Markus Cornaro, dem österreichischen Außenhandelsdelegierten Dr. Nikolaus Seiwald sowie dem ehemaligen ÖED-Koordinator Hans Gattringer herzlich danken. Allfällige sachliche Fehler fallen natürlich in meine Verantwortung. Weiters bin ich für seine wertvolle Unterstützung Herrn Hector Farina vom Informationsministerium in Zimbabwe zu großem Dank verpflichtet. Nicht zuletzt sei Frau Theresia Zeschin für ihre umfassende Mithilfe und Beratung bei der Abfassung dieses Artikels gedankt.
- (5) Vgl. Sauer/Zeschin, *Apartheid-Connection*, S. 173 sowie 181 f.
- (6) „Auf rot-weiß-roten Spuren“. Teil 1: Zimbabwe (gesendet im ORF, FS 2 am 15. Juli 1988).
- (7) In Gesprächen mit Österreichern in Zimbabwe konnte der Autor noch mehrere andere, im Gegensatz zu Moldens Beispielen allerdings nicht immer erfolgreiche Auswandererschicksale recherchieren, die die generelle Hypothese einer im wesentlichen über Südafrika verlaufenden Emigrationsroute nach Süd-Rhodesien bestätigen.
- (8) Beide Honorarkonsulate wurden 1968 geschlossen (UN-Dokument S/8709).
- (9) So erscheint ein Zusammenhang zwischen der Zunahme der österreichischen Tabakimporte und der Präsenz mehrerer Emigranten im Bereich der kommerziellen Tabakproduktion Süd-Rhodesiens nicht unplausibel. Es sei etwa auf den Auslandsösterreicher Waldmann (später: Forester), der ab 1968 über eine Farm im Middle Sabi-Area verfügte, oder den bereits erwähnten Puch-Monteur Kurt Braunstein hingewiesen.
- (10) Vgl. den Bericht einer Zeitzeugin: Judith Todd, *An Act of Treason: Rhodesia 1965* (London 1966/Harare 1982); Bettina Decke/Abisag Tülmann, *betrifft: Rhodesien. Unterdrückung und Widerstand in einer Siedlerkolonie* (Frankfurt/Main 1974).
- (11) Vgl. etwa Martin Bailey, *Oilgate. The Sanctions Scandal* (London 1979).
- (12) Ibbo Mandaza (Hrsg.), *Zimbabwe. The Political Economy of Transition 1980 – 1986* (London/Harare 1987), v.a. S. 104 – 107; Elizabeth Schmidt, *Lessons from Rhodesia. South Africa Sanctions Fact Sheet* (New York 1986).
- (13) Zitiert nach Karl Zemanek, *Das Problem der Beteiligung des immerwährend neutralen Österreich an Sanktionen der Vereinten Nationen, besonders im Falle Rhodesiens*, in: *Zeitschrift für allgemeines und öffentliches Recht* 28/1, S. 16 – 32, hier: S. 21.
- (14) Note der Bundesregierung an den UN-Generalsekretär vom 28. Februar 1967, in: *Annex zum Bericht des Generalsekretärs S/7781/Add. 2*.
- (15) Ebda.
- (16) Note der Bundesregierung vom 31. 7. 1968, in: *UN-Dokument S/8709*.
- (17) BGBl. 652/1974.
- (18) *Die Presse*, Wien, 19. 10. 1978.
- (19) Allerdings ist hier auf die drastisch gestiegenen Tabakimporte dieser Zeit aus Südafrika/BLS-Staaten zu verweisen, die 1971 den Betrag von 7,1 Mio. öS, 1972 von 22,2 Mio. und 1973 von 18,4 Mio. erreichten.
- (20) *Wiener Tageszeitungen* vom 14. und 15. 12. 1978 sowie *Volksstimme*, Wien, 22. 12. 1978.
- (21) *Profil*, Wien, 25. 4. und 2. 5. 1974; *Die Presse*, 31. 1. und 10. 2. 1975; vgl. Karl Zemanek, *Ist Österreich für die Auslandsgeschäfte seiner verstaatlichten Industrie völkerrechtlich verantwortlich?*, in: *CA-Wirtschaftsberichte* 1/77, S. 13 – 19. Berichte über die gleichzeitige Intensivierung des VÖEST-Engagements in Südafrika (Saldanha-Stahlwerk) vgl. in: Sauer/Zeschin, *Apartheid-Connection*, S. 118 – 121.
- (22) *ZISCOSTEEL Review*, Dec. 1983, S. 7.
- (23) „Der österreichische Generaldirektor eines rhodesischen Großunternehmens, ein sehr erfahrener Mann, ist pessimistisch. Für ihn sind die Schwarzen die Hauptleidtragenden einer ‚Mehrheitsregierung‘ ...“ (*Die Presse*, 20./21. 3. 1976). Zu Kühn vgl. ausführlich Abschnitt 4.2.
- (24) *Profil*, 22. 8. 1978.

- (25) Profil, 25. 1. 1977 und 22. 8. 1978.
- (26) Max Thurn über den ausgewanderten Sohn eines steirischen Landwirts, der 1978 als Korporal in einem weißen Elite-Bataillon der rhodesischen Armee tätig war: „Er dient gerne ..., weil er Rhodesien liebt und den Widerstand für gerechtfertigt hält“ (Volksblatt, Linz, 18. 4. 1978).
- (27) Wiener Zeitung und Volksstimme, beide Wien, 10. 5. 1979; Wiener Zeitung, 14. und 21. 12. 1979. Über die weitere „Karriere“ von Pointner und seinen Versuch, Kardinal König zu entführen, vgl. Kurier, Wien, 15. 8. 1987, sowie Wiener Zeitung, 19. 8. 1987.
- (28) Statistical Yearbook of Zimbabwe 1987, Harare 1987, S. 236.
- (29) Kurier, 24. 6. 1981.
- (30) The Herald, Harare, 21. 5. 1981.
- (31) Die Heirat des berühmten rhodesischen Informations-, später Verkehrs- und Energieministers Pieter van der Byl mit einer „Prinzessin“ Charlotte Liechtenstein, die im September 1979 unter großem Aufgebot aristokratischer Kreise in Österreich stattfand und von der Regierung – in offener Verhöhnung einer in Resolution 253/1968 enthaltenen Ausnahmebestimmung – durch die Vergabe eines Sondervisums aus „humanitären Gründen“ ermöglicht wurde, bot einen spektakulären gesellschaftlichen Treffpunkt dieser Szene (Bunte Österreich Illustrierte, München, Nr. 39/1979; Kurier, 2. 9. 1979). Man erinnert sich aber auch an Otto Habsburgs Kampagne gegen den regierungskritischen Bischof von Mutare, Donald Lamont (publik-forum, Köln, 18/77 sowie 21/77).
- (32) Vgl. David Martin/Phyllis Johnson, The Struggle for Zimbabwe. The Chimurenga War (New York/London/Salisbury 1981); Terence Ranger, Peasant Consciousness and Guerilla War in Zimbabwe (Harare 1985).
- (33) Zur Biographie: Die Presse, 25./26. 6. 1977; industrie, Wien, 17. 6. 1987.
- (34) Die Presse, 20./21. 3. 1976.
- (35) Ebda.
- (36) Die Presse, 23./24. 7. 1977.
- (37) „Die weißen Rhodesier wissen nur zu gut, was ihnen nach der ‚Machtübernahme durch die Schwarzen‘ blüht. Deswegen sind sie nicht zu einem Arrangement bereit, welches zu einer solchen Machtübernahme führt“ (Die Presse, 20./21. 3. 1976).
- (38) Die Presse, 20./21. 6. 1978; vgl. ebda., 29. 4. 1978.
- (39) Volksstimme, 6. 2. 1979.
- (40) Börsenkurier, Wien, 7. 6. 1979.
- (41) So in einem Interview mit dem Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung, November 1977, S. 17.
- (42) Zur innenpolitischen Entwicklung Süd-Rhodesiens in dieser Zeit vgl. Mandaza, Zimbabwe, S. 75 – 85.
- (43) Wiener Tageszeitungen, 6. 7. 1978.
- (44) Wiener Tageszeitungen vom 26. und 27. 9. 1979.
- (45) The Herald, 21. 5. 1981.
- (46) Vgl. z.B. Profil, 22. 8. 1978 sowie die laufenden Berichte in „revolutionäres afrika“ und „Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung“.
- (47) Die Presse, 8. 5. 1979.
- (48) Wiener Zeitung, 30. 9. 1980.
- (49) Die Presse, 27. 2. 1981.
- (50) An dieser Stelle sei auf den für Jänner/Februar 1989 angekündigte Besuch von Außenminister Alois Mock bei der SADCC-Jahreskonferenz in Luanda/Angola verwiesen, von dem zu hoffen ist, daß er auch Zimbabwe und andere Frontstaaten miteinschließen wird.
- (51) Wiener Zeitung, 22. 5. 1981.
- (52) The Herald, 7. 8. 1981; Außenpolitischer Bericht 1981, Wien o.J., S. 398. Otto wurde 1985 vom derzeitigen österreichischen Botschafter Horst Friedrich Mezei abgelöst (Wiener Zeitung, 28. 9. 1985).
- (53) Mugabes erster persönlicher Kontakt zu Österreich fand erst im September 1981 bei einem Gespräch mit Bruno Kreisky am Rande einer Konferenz in Stockholm statt (Wiener Zeitung, 27. 9. 1981).
- (54) Wiener Zeitung, 22. 5. 1981.
- (55) The Herald, 22. 5. 1981; Außenpolitischer Bericht 1981, S. 398. Aufgrund des Übereinkommens wurde 1982 ein Staatskredit in der Höhe von 10 Mio. öS an Zimbabwe ausbezahlt (Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Entwicklungshilfe, September 1985, S. 101).
- (56) Wiener Zeitung, 22. 5. 1981.
- (57) Hier muß allerdings auf die bevorstehende Schließung der österreichischen Botschaft in Zambia hingewiesen werden, die eine gravierende Schwächung des österreichischen Engagements im SADCC-Bereich bedeuten wird (Die Presse, 2. 11. 1988).
- (58) Vgl. etwa The Herald, 28. 10. 1982, und Wiener Zeitung, 12. 2. 1983.
- (59) Vgl. Wiener Zeitung, 30. 9. 1980; Arbeiter-Zeitung, Wien, 7. 12. 1985.
- (60) 1981 bis 1983 hatten etwa Industrieminister Simba Makoni, Bergbauminister Maurice Nyagumbo und Beschaffungsminister Enos Nkala Österreich besucht, außerdem der Speaker des zimbabwe'schen Parlaments, D. N. Mutasa, und – im Rahmen eines internationalen Seminars – Justizminister Simbi Mukoko (Wiener Zeitung, 12. 11. 1982 und 12. 2. 1983; Außenpolitischer Bericht 1981, S. 398 sowie ebda. 1983, S. 464). 1984 war nur mehr eine Visite von Industrieminister Kangai zu verzeichnen (Außenpolitischer Bericht 1984, S. 529), und abgesehen vom Staatsbesuch Mugabes in Wien 1985 nahm seither nur mehr Informationsminister Mangwende an einem Seminar des Renner-Instituts „Österreich und das Südliche Afrika“ im Oktober 1988 teil.
- (61) Wiener Zeitung, 12. 2. 1983.
- (62) „Da das parlamentarische System in Simbabwe verbessert werden soll, zeigte der Premierminister nach einer Darstellung der Arbeit seines Parlaments großes Interesse an der Organisation der gesetzgebenden Körperschaften und an Einrichtungen für die Abgeordneten“: Parlamentskorrespondenz, Wien, 5. 12. 1985.
- (63) Wiener Zeitung, 5. 12. 1985; Internationale Wirtschaft, Wien, 12. 12. 1985.
- (64) Ein Beispiel: „May I therefore, express my hope that in these difficult days for us here in Southern Africa, Austria will work with us in pressing for the speedy implementation of the UN plan for Namibia's long overdue decolonisation. Together we should speak out against the continuing manoeuvres to delay the independence of that country, these being unpalatable activities which have already caused untold suffering to the Namibian people. Our efforts at the UN and other fora must thus be intensified to ensure that those who seek to perpetuate colonialism in Southern Africa do not enjoy the blessings of the rest of the world“: Außenminister Witness Mangwende zum österreichischen Nationalfeiertag 1984, in: Department of Information, Press Release, 739/84/SD/SM.
- (65) Die Presse, 19./20. 5. 1984; die Reise wurde – nach heftigen Protesten der Solidaritätsbewegung – schließlich abgesagt: Die Presse, 21. 1. 1985.
- (66) Süddeutsche Zeitung, München, 6. 12. 1985.
- (67) Wiener Zeitung, 11. 12. 1979.
- (68) Kurier, 25. 12. 1979.
- (69) BGBl. 85/1980.
- (70) Zimbabwe International Trade Fair 1988, Press Release, S. 2.
- (71) trend, Wien, 4/1981, S. 146.
- (72) Seidl, einem führenden Exponenten der österreichischen Kunstfaserindustrie, kam Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre auch eine Schlüsselrolle für die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Südafrika zu. Vgl. Sauer/Zeschin, Apartheid-Connection, S. 76.
- (73) The Herald, 23. 4. und 21. 5. 1981; Wiener Zeitung, 22. 5. 1981.
- (74) Beide Zitate aus: Kurier, 24. 6. 1981.
- (75) Trotz der Umgehungsmaßnahmen heimischer Firmen scheint das Embargo also dennoch effektiv, zumindest retardierend gewesen zu sein.
- (76) Allerdings ist zu beachten, daß infolge des Preisverfalls auf den Rohstoffmärkten die mengenmäßige Abnahme geringer ausfiel als der in der Statistik ausgewiesene wertmäßige Rückgang. So belief sich der wertmäßige Rückgang etwa an österreichischen

- Baumwollimporten aus Zimbabwe zwischen 1981 und 1987 auf – 81,1 %, der mengenmäßige jedoch nur auf – 62,1 %.
- (77) Freundliche Mitteilung des österreichischen Handelsdelegierten in Harare, Dr. Nikolaus Seiwald.
- (78) Vgl. Internationale Wirtschaft, 12. 12. 1985; ebda., 7. 8. 1986 und 5. 11. 1987.
- (79) Über die projektierte Lieferung von Teilen für 30 E-Lokomotiven im Rahmen eines europäischen Konsortiums wurde bereits 1981 verhandelt: Wiener Zeitung, 12. 6. 1981; Kurier 24. 6. 1981.
- (80) Internationale Wirtschaft, 12. 12. 1985.
- (81) The Herald, 23. 4. 1981; Kurier, 24. 6. 1981.
- (82) Internationale Wirtschaft, 29. 4. 1982.
- (83) Den dem Verfasser vorliegenden Prospekten der österreichischen Außenhandelsstelle sind für diese beiden Jahre folgende in Bulawayo ausstellende Firmen zu entnehmen: Alto Handelsgesellschaft (Wien); Rudolf Bauer (Voitsberg), Emco, Maier & Co. (Hallein); Ferrotrade Export und Import (Wien); Futurit Werk AG (Wien); Lenzing AG (Lenzing); Miba Gleitlager (Laakirchen); Miller Clamps (Wien); Dr. Karl J. Pisek (Wien); Semperit Technische Produkte (Wien); Starlinger & Co (Wien); Tieber Ges.m.b.H. (Feldbach); VOEST-Alpine Industrial Services (Linz); Carl Walter (Salzburg).
- (84) 1980/81 waren etwa Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von 11 % bzw. 15 % zu verzeichnen (Mandaza, Zimbabwe, S. 107).
- (85) Seitens der Bundeswirtschaftskammer wird beispielsweise immer wieder auf das Fehlen günstiger gebundener Warenkredite (Internationale Wirtschaft, 24. 11. 1983) sowie auf ein allgemein zu geringes Engagement bei der Betreuung des zimbabwe'schen Marktes verwiesen: „Auffallend ist die aggressive Bearbeitung des zimbabwe'schen Marktes durch zahlreiche Staaten, insbesondere durch westliche Industrieländer. Sie räumen neben großzügiger Finanzierung von Projekten auch billig gebundene Warenkredite ein. Österreich sollte daher diesen Markt nicht nur verstärkt direkt bearbeiten, es müßte auch durch günstige Finanzierungen versucht werden, einigermaßen wettbewerbsfähig zu bleiben“ (Internationale Wirtschaft, 29. 4. 1982).
- (86) „Ich würde es sehr begrüßen, wenn die österreichischen Firmen die Aufforderung der Regierung an die hiesigen Importeure, alternative Bezugsquellen zu Südafrika aufzubauen, ernster nähmen.“ (Handelsdelegierter Seiwald, in: Wiener Zeitung, 9. 10. 1988).
- (87) Als Ausnahme sei an dieser Stelle an den kürzlich erfolgten Kauf der Tabakfarm Forester Estate durch den Grazer Geschäftsmann Rüdiger Petzold verwiesen.
- (88) Mehrere österreichische Unternehmen verfügen zumindest über Handelsvertretungen in Harare, nämlich: MIBA, Pisek, Starlinger, VOEST und Carl Walter.
- (89) Typische Beispiele sind etwa das unverbesserliche Eintreten österreichischer Medien für die Ian Smith-Partei (vgl. Kurier, 22. 3. 1982) oder die Berichterstattung anlässlich der – im Einklang mit den Bestimmungen von Lancaster House erfolgten – Parlamentsreform des Jahres 1987 mit ihren teilweise groben Verfälschungen (vgl. etwa Kurier, 5. 9. 1987; Raiffeisen-Zeitung, Wien, 10. 9. 1987).
- (90) Aufgrund der Berichte der zimbabwe'schen Justice and Peace-Commission wandte sich etwa im Mai 1984 auch Kardinal König an Mugabe mit der Bitte, „unverzüglich wirksame Anordnungen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen zu treffen“ (Wiener Zeitung, 4. 5. 1984).
- (91) Der Autor hat den früheren General Manager von ZISCO, Kurt Kühn, brieflich um seine Darstellung der Thematik gebeten.
- (92) Sunday Mail, Harare, 25. 7. 1982.
- (93) Department of Information, Press Statement 1164/82/TG/DB, 3. 12. 1982.
- (94) The Herald, 18. 3. 1983.
- (95) Kurt Kühn, 1925 in Wien geboren, hatte 1964 als Chef-Ingenieur bei ZISCO zu arbeiten begonnen und war nach einer steilen Karriere 1974 zum Managing Director und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden ernannt worden. Während der UDI-Periode war er wesentlich an Operationen zur Umgehung des Embargos (u.a. durch die VOEST) beteiligt und wurde deshalb 1976 mit der rhodesischen Trophäe „Businessman of the Year“ ausgezeichnet. Wegen angeblicher Meinungsverschiedenheiten mit dem Smith-Regime hatte er Süd-Rhodesien allerdings 1978 verlassen, was der neuen Regierung seine – nach Makonis Worten nicht unumstrittene – Rückberufung erleichterte. Presseberichten zufolge wurde Kühns Rückkehr zumindest von Teilen der Arbeiterschaft begrüßt, während im Management Skepsis vorherrschend war. Vgl. zur Biographie: The Herald, 14. 4. 1983.
- (96) Wiener Zeitung, 12. 2. 1983.
- (97) ZISCOSTEEL Review, March 1983, S. 8 f.; insgesamt wurden 18 ZISCO-Techniker in Linz ausgebildet (The Herald, 1. 12. 1983). Für die Rehabilitierung von ZISCO wurden aus Mitteln der bilateralen Entwicklungshilfe Österreichs 1983/84 insgesamt 7,618.071 öS, für das gesamte mit der UNIDO abgewickelte Trainingsprogramm weitere 1,566.000 öS ausgegeben (Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Entwicklungshilfe, September 1985, S. 153).
- (98) Sunday Mail, 24. 4. 1983; The Herald, 14. 4. 1983.
- (99) The Herald, 14. 4. 1983; Sunday Mail, 24. 4. 1983.
- (100) ZISCOSTEEL Review, Dec. 1983, S. 7 f.; The Herald, 1. 12. 1983.
- (101) Chronicle, Bulawayo, 27. 4. 1984.
- (102) The Herald, 22. 11. 1984. Ob dieser Kredit tatsächlich zustande kam, ist dem Autor allerdings unbekannt. Im Zusammenhang damit stand jedenfalls 1984 der Besuch des neuen Industrieministers Kumbirai Kangai in Wien und Linz (Außenpolitischer Bericht 1984, S. 561), und Heribert Apfalter, ebenfalls ein alter ZISCO-Bekannter, fand sich zu Verhandlungen in Zimbabwe ein (The Herald, 20. 4. 1983).
- (103) Chronicle, 1. 10. 1984.
- (104) Die detaillierte Entwicklung ist bei Hanlon, Beggar Your Neighbours, S. 208 – 210 nachzulesen.
- (105) Hanlon, Beggar your neighbours, S. 209.
- (106) Financial Gazette, Harare, 15. 2. 1985.
- (107) The Herald, 2. 10. 1984; Chronicle, 8. 10. 1984; tatsächlich war schon im Mai nach einem geeigneten Nachfolger für Kühn gesucht worden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 24. 3. 1984).
- (108) The Herald, 2. 10. 1984.
- (109) Vgl. Eva Enichlmayr, Gemeinsam mit Optimismus. Die Kooperativen-Bewegung, in: Entwicklungspolitische Nachrichten, Wien, 2/1987, S. 24 f.
- (110) In diesem Zusammenhang sollen auch die Bemühungen der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft um Touristen aus Zimbabwe Erwähnung finden. Pläne zur Wiederbelebung der – wie erwähnt traditionellen – Kontakte auf diesem Gebiet wurden seitens der Außenhandelsstelle schon 1981 geschmiedet (Kurier, 24. 6. 1981). Einige dieser Projekte kamen in der Folge zum Tragen, so wurden 1987/88 – gemeinsam mit dem Reisebüro Jet Tours und der Air Zimbabwe – „Austrian Skiing Holidays in Spital am Semmering“ angeboten (vierseitiges Werbeflugblatt, im Besitz des Verfassers; es darf angemerkt werden, daß Spital am Semmering sich in den letzten Jahren auch zum Zielgebiet für südafrikanische Touristen entwickelt hat). Angesichts der Kosten dürfte es sich dabei in erster Linie wohl um weiße Touristen handeln.
- (111) Sauer/Zeschin, Apartheid-Connection, S. 20.
- (112) Allgemein zu dieser Fragestellung – mit der ein innerer Zusammenhang beider Bereiche keineswegs postuliert, vor allem im historischen Ablauf jedoch auch nicht geleugnet werden soll – vgl. Walter Sauer, Mission – Entwicklungshilfe – Solidarität. Afrika im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit, in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 13, Wien 2/1983, S. 60 – 66. Allerdings hat es nach 1980 keine Kontinuität der Zimbabwe-Solidaritätsarbeit gegeben, was im Rückblick zwar als verständlich, jedoch auch als problematisch erscheint.
- (113) Michael Gelfand, Gubulawayo and Beyond: Letters and Journals of the early Jesuit Missionaries to Zambesia 1879 – 1887 (London – Dublin – Melbourne 1968), S. 109 und öfter; vgl. dazu Johannes Thaurer, Österreichs Missionsanteil in Vergangenheit und Gegenwart (Wien 1935), S. 12.

- (114) Ein Beispiel: Echo aus Afrika, XI/1, Jänner 1899, 4. Umschlagseite.
 (115) Molden, Auf rot-weiß-roten Spuren, Teil I; Linzer Kirchenzeitung, 26. 8. 1984.
 (116) Freundliche Mitteilung von Dr. Josef Windischer, Innsbruck; vgl. Die Presse, 5./6. 11. 1988, Beilage.
 (117) Vgl. etwa A. J. Dachs/W. F. Rea, The Catholic Church and Zimbabwe 1879 — 1979 (Gwelu 1979); Ian Linden, Church and State in Rhodesia 1959 — 1979 (München — Mainz 1979); Michael Lapsley, Neutrality or Co-option. Anglican Church and State from 1964 until the Independence of Zimbabwe (Gweru 1986).
 (118) „Die Scheidung der Faulen von den Fleißigen ist gegenwärtig meine schwierigste Aufgabe. Als das noch die Einheimischen taten, nahm Streit und Unfrieden kein Ende. Deshalb baten sie mich, das selbst zu tun. Ob das nicht Paternalismus ist?“ (Gabriel Kleinlercher, in: Osttiroler Bote, Lienz, 13. 12. 1984).
 (119) Kurier, 9. 8. 1977.
 (120) Die Presse, 11. 8. 1977.
 (121) Kurier, 28. 8. 1977.
 (122) Ian Linden, Church and State in Rhodesia, v.a. S. 270 — 273.
 (123) Vgl. Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in Österreich (Wien 1980). Dazu Martin Jäggle, Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik '80 (Oldenbourg 1980), S. 339 — 360.
 (124) Vgl. Mandaza, Zimbabwe, S. 131 — 134.
 (125) Wiener Zeitung, 10. 6. 1982; über die Anfangserfahrungen dabei vgl. ÖED-rundbrief, Wien, 1. 4. 1987.
 (126) Wiener Zeitung, 16. 2. 1984.
 (127) Österreichischer Entwicklungsdienst, Jahresbericht '83, Wien 1984, vor allem S. 34 — 42. Die folgenden Angaben über einzelne Projekte sind ebenfalls den ÖED-Jahresberichten entnommen.
 (128) Mandaza, Zimbabwe, S. 306 und öfter.
 (129) Über die „Zimbabwe Federation Education with Production“, vgl. Wiener Zeitung, 8. 10. 1988.
 (130) Linzer Kirchenzeitung, 23. 10. 1986.
 (131) Im ÖED-Jahresbericht '87, S. 55, wird auch von Problemen mit den zimbabwe'schen Behörden gesprochen, eine hinsichtlich des generell ambivalenten gegenseitigen Verhältnisses nicht unsignifikante Beobachtung.
 (132) IIZ-Jahresberichte 1985 und 1986, Wien 1986 und 1987, S. 36 — 43 bzw. 57 — 63.
 (133) Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe, Österreichische Entwicklungshilfe, März 1986, Tabelle 29 sowie ebda., März 1987, S. 24 f.
 (134) Außenpolitischer Bericht 1986, Wien, S. 637.
 (135) ÖED-Jahresbericht '87, Wien 1988, S. 55.
 (136) IIZ-Jahresbericht 1987, Wien 1988, S. 60.
 (137) Zur sog. „Betriebsrats-Diskussion“ unter den ÖED-Entwicklungshelfern in Zimbabwe vgl. Entwicklungspolitische Nachrichten 12, 1985, S. 10 f. sowie ÖED-Jahresbericht '85, Wien 1986, S. 65.
 (138) Freundliche Mitteilung von Herrn Attaché Markus Cornaro, Harare.

Walter Sauer, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien

Frank Sader und Susanne Wucher

DIE WELTERDÖLINDUSTRIE: DIE SIEBEN MAJORS UND IHRE STRATEGIE DER RÜCKVERLAGERUNG

Einleitung

Seit 1971 veränderte sich die Struktur der Welterdölindustrie erheblich. Gemessen an den Gewinnen verbesserte sich die Lage der „Sieben großen Schwestern“ scheinbar während der ersten Krisenjahre. Ihre Macht stieg aber nur bedingt, weil ihre Stellung in der internationalen Ölindustrie zurückging: 1973 betrug ihr Anteil am gesamten internationalen Rohölhandel 92,1 %, 1979 nur noch 58 %, an der Rohölproduktion sank er von 65,3 % 1970 auf 34,4 % 1985; und bei der Rohölverarbeitung sogar von 54,6 % 1970 auf 23,1 % 1985 (1).

Die Monopolstellung der „Sieben Majors“ auf dem Weltmarkt brach zusammen. Zuerst sahen sie sich massiven Energieeinsparungen in den Industrienationen gegenüber, später traten Probleme durch den Konkurrenzdruck seitens der neuen nationalen Energieunternehmen aus Europa und dem Mittleren Osten auf. Die Sieben Majors versuchten sich durch geographische Rückverlagerung und sektorale Diversifizierung anzupassen, in der Hoffnung, sich durch eine stärkere Risiko-steuerung aus der einseitigen Abhängigkeit vom Ölgeschäft zu lösen. Trotz erheblicher Investitionen und auch Teilerfolge konnte die Strategie einer geringeren Abhängigkeit oder gar einer Loslösung von der OPEC nicht verwirklicht werden.

Die Multis fanden keine dem OPEC-Öl vergleichbar kostengünstige Energiequellen. Selbst im downstream-Bereich, wo sich die internationalen Ölkonzerne noch behaupten konnten, war der Druck der OPEC-Staatsgesellschaften immer größer. Der Einstieg in neue Aktivitäten, ausgehend von im Ölgeschäft erworbenem know-how, brachte nicht die erhofften Gewinne.

I. Regionale Diversifizierung

Die Ölgesellschaften waren vor 1973 von der Ölproduktion in den OPEC-Staaten (vornehmlich des Mittleren Ostens) abhängig. Dort war die gesamte Ölindustrie, insbesondere die der sogenannten Sieben Schwestern (Exxon, Shell, BP, Mobil, Texaco, Chevron und Gulf) durch die sich nach 1973 rasch vollziehenden Verstaatlichungen bedroht. BP bezog seine gesamte Produktion aus der Region Mittlerer Osten/Afrika (Libyen und Nigeria). Auch Chevron, Mobil, Gulf und Shell produzierten ihr Öl hauptsächlich in dieser Region (zwischen 65 — 75 %).

*) Diese Analyse entstand im Rahmen eines Seminars zum Thema „Welterdölindustrie“ an der Universität Konstanz, unter Leitung von Hartmut Eisenhans.